

STADTPARLAMENT

Politische Gemeinde Arbon

Protokoll

9. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 21. Juni 2016, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso
Anwesend Stadtparlament:	27 Mitglieder
Entschuldigt:	Daepp Rudolf, SVP Schöni Roland, SVP Cyrill Stadler, FDP/XMV
Anwesend Stadtrat:	Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso Hug Patrick, CVP, Züllig Hans-Ulrich, FDP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 9 / 1. Mitteilungen
- 9 / 2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2015
Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung
- 9 / 3. Anpassung des Personal- und Besoldungsreglements in Art. 17 Abs. 2 und 49 Abs. 1 sowie Art. 18 und neuer Art. 64a
Redaktionslesung, Schlussabstimmung
- 9 / 4. Interpellation betreffend „Auftrag, Qualität und Kosten der Jugendarbeit“
Beantwortung
- 9 / 5. Interpellation betreffend „Senkung der Sozialhilfekosten“
Beantwortung
- 9 / 6. Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die Einbürgerungskommission der restlichen Legislatur 2015-2019
(Rücktritt Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso)
- 9 / 7. Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die Redaktionskommission der restlichen Legislatur 2015-2019
(Rücktritt Angela Di Santo, CVP/EVP)

9 / 7.1 Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die vorberatende Kommission Max-Burkhard-Haus
Rücktritt aus dem Parlament, Andrea Vonlanthen, SVP

- 9 / 8. Fragerunde
- 9 / 9. Informationen aus dem Stadtrat
- 9 / 10. Verabschiedungen
(Rücktritte Aus dem Parlament: Di Santo Angela, CVP/EVP, Vonlanthen Andreas, SVP, Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso)

Präsident Jacob Auer: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Stadträte, Vertreter der Medien und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren. Ich begrüsse sie herzlich zu dieser 9. Sitzung des Parlaments der Legislatur 2015-2019. Wie auch unsere Fussballnationalmannschaft den Schritt ins Achtelfinal geschafft hat, so schaffen wir es auch einen Schritt weiter mit der heutigen Sitzung. Ich wünsche mir, dass unsere Disziplin besser ist und wir nicht einander die Kleider vom Leibe reissen. Ich wünsche mir, keine gelben Karten während der Sitzung wegen unnötiger Verzögerung zu verteilen, denn ich plane um 21.00 Uhr diese Sitzung zu beenden. Betreffend Karten verteilen, es genügt dass ich am Ende der Sitzung vier rote Karten ziehen muss. Den ersten Spielerwechsel haben wir vollzogen und begrüssen Lukas Auer, Fraktion CVP/EVP, welcher heute erstmals Einsitz im Parlament nimmt. Für ihn eines der wohl schönsten Geschenke zu seinem heutigen 26. Geburtstag, in dieser Liga mitmachen zu dürfen. Wir gratulieren ihm auf diesem Wege. Parlamentssekretärin Evelyne Jung wird dir ein kleines Präsent überreichen, dessen Inhalt „Schwimmflügeli“ sind, damit du gegen den Strom schwimmen kannst und eine Schachtel Toffifee, damit, wenn du eine Wortmeldung machst, davor etwas isst und so zuerst die Wortmeldung überlegst.

Ich eröffne die Sitzung und bitte Evelyne Jung, den Namensaufruf vorzunehmen.

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Rudolf Daepp, SVP, Roland Schöni, SVP, und Cyrill Stadler, FDP/XMV. haben sich für die heutige Parlamentssitzung entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Präsident Jacob Auer: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle Antrag auf Traktandenergänzung 7.1: Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die vorberatende Kommission Max-Burkhard-Haus.

Grundsätzlich ist es so, dass natürlich erst ein Mitglied gewählt werden kann, wenn es bereits Einsitz im Parlament hat. Tatsache ist aber auch, dass die Rücktritte per Juni 2016 erfolgen und ab 1. Juli 2016 die Nachfolgenden bereits Mitglieder des Parlaments sind. Somit sind sie ganz offiziell Parlamentsmitglieder, begrüßt werden sie offiziell an der nächsten Parlamentssitzung, arbeiten dürfen sie aber schon vorher. Tatsache ist auch, dass alle Nachfolgenden bereits schriftlich bestätigt haben, dass sie das Mandat annehmen. So werde ich an der nächsten Parlamentssitzung mitteilen, dass ab 1. Juli 2016 neu im Parlament Einsitz nehmen:

- Gmür Reto für die SVP-Fraktion
- Neuber Reto für die CVP/EVP-Fraktion
- Schwarz Urs für die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso

Nach den Sommerferien werden die verschiedenen Kommissionen tagen und somit ist auch für Ersatzwahl zu sorgen. Dass dies sechs Tage vor Amtseintritt geschieht, sollte in dieser Ausnahmesituation toleriert werden. Es macht keinen Sinn, neue Kommissionsmitglieder Ende Juni zu wählen, um diese bereits wieder in der Septembersitzung zu ersetzen. Ich hoffe auf euer Verständnis und auch die Toleranz von sechs Tagen.

Infolge Rücktritts aus dem Parlament per 30. Juni 2016 von Andrea Vonlanthen, SVP, muss für diese Kommission Max Burkhard Haus ein neues Mitglied gewählt werden, damit die Kommission vollständig ist und bis zur nächsten Parlamentssitzung tagen kann. Daher stelle ich den Antrag um die Erweiterung der Traktandenliste 7.1, Ersatzwahl eines neuen Mitglieds der vorberatenden Kommission Max-Burkhard-Haus.

://: **Der Traktandenergänzung 7.1, Ersatzwahl eines neuen Mitglieds der vorberatenden Kommission Max-Burkhard-Haus, wird einstimmig zugestimmt.**

Die modifizierte Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 31. Mai 2016:

- Einladung mit Traktandenliste
- FKK Kommissionsbericht zur Rechnung 2015
- Beantwortung Interpellation betreffend „Auftrag, Qualität und Kosten der Jugendarbeit“
- Beantwortung Interpellation betreffend „Senkung der Sozialhilfekosten“
- Einladung zur Informationsveranstaltung Unicef-Label „Kinderfreundliche Stadt“

Mit Versand 2 vom 7. Juni 2016

- Neue überarbeitete und ergänzte Traktandenliste
- Bericht der Redaktionskommission, betreffend Revision und Ergänzung Personal- und Besoldungsreglement

Den Jahresbericht mit der Jahresrechnung 2015 der Stadt Arbon, mit Antrag des Stadtrates, haben sie bereits am 13. April 2016 erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll 8. Parlamentssitzung ist seit dem 20. Juni 2016 im Internet aufgeschaltet und damit genehmigt.

Uta Reutlinger, SP-Gewerkschaften-Juso hat ihren Rücktritt per Ende September eingereicht. Ich zitiere aus dem Schreiben. „Aus persönlichen Gründen werde ich ab Oktober 2016 nicht mehr in Arbon wohnen. Deshalb kann ich auch nicht mehr als Parlamentarierin in Arbon tätig sein. Das bedauere ich sehr. Ich möchte hiermit offiziell meinen Rücktritt per 1. Oktober 2016 bekanntgeben. An der Parlamentssitzung vom 20. September 2016 bin ich letztmalig dabei.“ Die Verdienste von Uta Reutlinger werden wir an der nächsten Sitzung verdanken.

Parlamentarischer Vorschlag:

An der heutigen Sitzung ist eine Einfache Anfrage von Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Verlustscheine der Stadt Arbon“ eingegangen und geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat.

Eine weitere Mitteilung erfolgt durch den Präsidenten der Einbürgerungskommission.

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Dominik Diezi, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Dominik Diezi, Präsident EBK: Die Einbürgerungskommission hat an ihrer Sitzung vom 31. Mai 2016 die folgenden Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Bahtiyar Bedia, 1996, türkische Staatsangehörige
- Neves Costa Ana Rita, 1966, portugiesische Staatsangehörige
Costa Fernandes Sara, 1996, portugiesische Staatsangehörige
Costa Fernandes Isabel, 2000, portugiesische Staatsangehörige
- Rorschach Claudia, 1969, schweizerische Staatsangehörige
- Sahin Döndü, 1978, türkische Staatsangehörige
Sahin Rohat, 2002, türkischer Staatsangehöriger
Sahin Renas, 2003, türkischer Staatsangehöriger
Sahin Arin, 2008, türkische Staatsangehörige
- Thambimuthu Chandrakumar, 1970, srilankischer Staatsangehöriger
Chandrakumar Sabeen, 2000, srilankischer Staatsangehöriger
Chandrakumar Arani, 2002, srilankische Staatsangehörige
Chandrakumar Arathi, 2007, srilankische Staatsangehörige

Pendenzen:

Im Moment liegen 12 pendente, behandlungsreife Gesuche von 24 Personen vor. Weitere 32 Gesuche von 66 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Jacob Auer: Ganz herzlichen Dank Dominik Diezi, für den Bericht und besten Dank auch an die Einbürgerungskommission für ihre Arbeit.

3. Jahresbericht und Jahresrechnung 2015 der Stadt Arbon

Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Jacob Auer: Der Stadtrat hat am 4. April 2016 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2015 der Stadt Arbon verabschiedet. Diese liegen nun zur Genehmigung vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2015 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2015, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.
3. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2015 von Fr. 1'818'549.85 sei dem Eigenkapital zu belasten.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, die Anträge des Stadtrats vom 4. April 2016 zu genehmigen.

Wir kommen zum Eintreten. Ich erinnere sie daran, dass das Eintreten obligatorisch ist. Ich übergebe das Wort Lukas Graf, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK).

Lukas Graf, Präsident FGK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2015 geprüft und einen Bericht zuhanden des Parlaments erstellt. Dieser Bericht wurde ihnen mit dem Versand vom 1. Juni zugestellt und da ich davon ausgehe, dass er gelesen und besprochen wurde, werde ich mich heute wiederum auf die wichtigsten Punkte beschränken.

Der Jahresbericht erschien auch dieses Mal in der gewohnt einfachen, aber zweckmässigen Form und er gibt einen guten Überblick über die Entwicklungen in den verschiedenen Ressorts. Im Ressort Einwohner / Sicherheit wird bereits ausführlich auf Auswirkungen von Budgetkürzungen im Voranschlag 2016 hingewiesen – dies gehört nach Ansicht der FGK nicht in den Jahresbericht von 2015, allenfalls in die Rechnung.

Der Aufwandüberschuss von 1.8 Mio. Franken ist doppelt so hoch wie das budgetierte Defizit von Fr. 920'400. Wie in den beiden Vorjahren lag der Nettoaufwand in fast allen Hauptbereichen unter dem Budget. Die Bereiche Allgemeine Verwaltung, Kultur- und Freizeit, Gesundheit, Verkehr, Umwelt- und Raumordnung sowie Volkswirtschaft schlossen zusammen um mehr als 1.7 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Ebenfalls, wie in den beiden Vorjahren, lag jedoch der Aufwand im Bereich Soziale Wohlfahrt deutlich über Budget – dieses Mal waren es Mehrausgaben von 1.45 Mio. Franken. Gegenüber dem Jahr 2014 verzeichnet dieser Bereich eine Kostensteigerung von fast 5%.

Nun hätten die erwähnten Einsparungen von 1.7 Mio. Franken aber problemlos ausgereicht, um die Mehrausgaben bei der Sozialen Wohlfahrt auszugleichen. Was die Rechnung 2015 jedoch von den Vorjahren unterscheidet, sind die sinkenden Steuereinnahmen: Diese liegen nun deutlich unter Budget – fast Fr. 900'000 - und sogar mehr als Fr. 200'000 unter Vorjahr. Erstmals seit Jahren waren die Steuereinnahmen im 2015 also rückläufig. Insgesamt betragen die Mindererträge im Hauptbereich Finanzen und Steuern 1.1 Mio. Franken. Die budgetierten ausserordentlichen Erträge in der Höhe von 1.1 Mio. Franken wurden zwar erreicht, allerdings nicht wie geplant durch den Verkauf des Sonnenblumenhauses, sondern durch die Einnahmen aus dem Hamel-Verkauf. Dieser war für 2014 vorgesehen und wurde dann aber erst im 2015 rechnungswirksam.

Im Rechnungsjahr wurden Nettoinvestitionen von 5.7 Mio. Franken getätigt. Dies sind lediglich 60% der budgetierten Investitionen von 9.8 Mio. Franken. In den Bereichen Verkehr sowie Umwelt und Raumordnung wurden jeweils rund 2 Mio. Franken weniger investiert als budgetiert. Sowohl beim Verkehr als auch bei der Kanalisation hat der Stadtrat mehrere Sanierungsprojekte auf das kommende Jahr verschoben. Zudem konnten Beiträge zur Erschliessung des SauerWerkZwei wegen des langsameren Baufortschritts noch nicht im geplanten Umfang getätigt werden. Erfreulich sind die Rückzahlung des Kantons in der Höhe von Fr. 140'000 aufgrund geringerer Baukosten der NLK und die Mehreinnahmen von über Fr. 300'000 aus Anschlussgebühren für das SauerWerkZwei und das Schulhaus Seegarten.

Am 18. März durfte ich als Vertreter der FGK an der Schlussrevision der Rechnungsprüfungskommission teilnehmen. Die RPK empfiehlt, den Jahresbericht und die Jahresrechnung zu genehmigen und hebt erneut die kompetente Führung des Finanz- und Rechnungswesens sowie die reibungslose Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hervor.

Weiterhin aktuell bleiben für die RPK die hohen Ferien- und Überzeitguthaben, die im Rechnungsjahr wieder gestiegen sind und nicht vollständig durch Rückstellungen gedeckt sind. Die FGK fordert den Stadtpräsidenten als Personalführungsverantwortlichen auf, sicherzustellen, dass die zum Teil sehr hohen Ferienguthaben auf ein normales Mass reduziert werden können. Wir danken der RPK für die geleistete Arbeit und den aufschlussreichen Bericht.

Im Jahr 2015 konnte die FGK zwei Pendenzen aus dem internen Prüfplan erledigen. In der März-Sitzung haben wir das Parlament über die Überprüfung der Leistungsvereinbarung der Sozialen Dienste mit dem Verein Kinder- und Jugendarbeit informiert und im Vorfeld der Juni-Sitzung haben wir den Parlamentsmitgliedern den Bericht zu den ausserparlamentarischen Kommissionen zugestellt. Das Jahr 2015 war zudem geprägt von einer intensiven Budgetdebatte, an die Sie sich sicherlich noch sehr gut erinnern können.

Im Namen der FGK danke ich dem Stadtrat und der Finanzverwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit und Mischa Vonlanthen für seine unermüdliche Unterstützung. Auch meinen Kolleginnen und Kollegen möchte ich für die gute Zusammenarbeit danken. Nachdem sich die FGK vor einem Jahr neu konstituiert hat, haben wir nun bereits wieder einen Personalwechsel zu verzeichnen. Philipp Hofer ist aus beruflichen Gründen aus der FGK ausgetreten und wir haben an der letzten Parlamentssitzung vom 24. Mai Dominik Diezi als seinen Nachfolger gewählt. Ich möchte dir, lieber Philipp, herzlich danken für deine Mitarbeit in den letzten Jahren. Gleichzeitig heisse ich dich, lieber Dominik, hiermit willkommen in der FGK.

Die FGK empfiehlt ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2015 zu genehmigen sowie den Aufwandüberschuss von Fr. 1'818'549.85 dem Eigenkapital zu belasten.

Ich werde in der Detailberatung noch auf zwei Punkte eingehen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Hier die Meinung der CVP/EVP-Fraktion und die Überlegungen zur Rechnung und Geschäftsbericht. Allen Fraktionen dürfte es in etwa gleich ergehen, wenn sie Jahr für Jahr mühsam und langwierig die Rechnung und den Rechenschaftsbericht diskutieren und prüfen. Geändert werden kann jetzt sowieso wenig oder gar nichts mehr. Das Jahr 2015 ist gelassen. Man könnte gar nicht mehr etwas abschätzig sagen, der Mist ist geführt. Ich würde lieber sagen, die Ernte ist eingebracht. So in etwa wird es tönen. Es bleibt der Vergleich zum Budget, die Suche nach Aussergewöhnlichem, Ausserordentlichem. Viel mehr ist gar nicht möglich. Es muss uns aber bewusst bleiben, und das ist der Sinn und Zweck der Überprüfung der Rechnung und der heutigen Debatte, wir Parlamentarier vertreten hier im Parlament den Stimmbürger, jetzt bei diesem Finanztraktandum vielmehr noch den Steuerzahler. Die wollen zu Recht wissen, ob der Stadtrat seinen Leistungsauftrag und die Zielvereinbarungen korrekt und vor allem effizient erfüllt hat. So sieht es auch die Gemeindeordnung vor, dessen Aufsichtsbehörde des Stadtrats.

Die Finanzen bleiben, das muss man einmal sagen, sie bleiben schlecht. Wir müssen alles daran setzen, aus den Aufwandüberschüssen herauszukommen. Nicht so einfach. Ich habe da schon länger meine Zweifel und da schon auch immer hier die Zweifel geäussert. Die Verschuldung ist beträchtlich und nimmt zu. Unklar bleibt, wie sich diese hohen Investitionen schlussendlich zu Gunsten von Arbon auswirken werden. Die rosaroten Lichter, die der Stadtrat da am Firmament erkennen will, sehen wir leider nicht, oder noch nicht. Da wünschen wir uns greifbarere und klarere Stellungnahmen und Erklärungen des Stadtrats. Es genügt schon lange nicht mehr, fast im Monatsrhythmus, über die hohen Sozialausgaben zu jammern und schlechte Finanzlage mit rückläufigen Steuereinnahmen entschuldigen zu wollen. Knallharte Kalkulationen und Analysen sind notwendig und werden erwartet.

Es sind viele, fast zu viele Problemfelder zusammen, die die schlechte Finanzlage ausgelöst haben. Da erwarten wir vom Stadtrat, dass er regelmässig und von sich aus nicht nur offen kommuniziert, sondern vielmehr klipp und klar und konsequent handelt. Heute wäre wieder einmal eine gute Möglichkeit, plausibel zu zeigen, wie wir aus dem Sturmtief, aus diesem Finanzloch herauskommen wollen.

Was sind das für Problemfelder, die wir möglichst rasch analysieren und bearbeiten müssen? Hier nur ein paar Beispiele, sie werden sie kennen: Investitionen im Saurer-Werk-Zwei. Können oder werden wir die Anliegen und Vorteile von Arbon rigoros und konsequent gegenüber den fast übermächtigen Bauherren auch umsetzen? Könnte uns da einmal eine insgesamte Abrechnung über bereits bezahlte und noch offene Rechnungen über NLK, Busbahnhof, Beteiligung an Erschliessungen und Unterhalt vorgelegt werden? Es wäre interessant und aufschlussreich, was Arbon beim Saurer-Werk-Zwei zu leisten und zu zahlen hat. Zudem würde eine klare Absichtserklärung für oder gegen Abriss des Hotels Metropol die aufgeregte Stimmung etwas dämpfen. Es wäre wirklich wichtig, wenn der Stadtrat da zu Gunsten des Projekts Stellung nehmen würde.

Wirtschaftspolitik: ich muss es leider so krass sagen, es genügt doch nicht, wie der Stadtpräsident in seinem Ressortbericht geschrieben hat, ein paar Begrüssungsschreiben an Firmen herumzuschicken. Da wird dann aber Dominik Diezi beim Ressort Wirtschaft noch nachhaken.

Verwaltung, Dienstleistungen, ein Dauerthema. Ein Antrag der SVP an der zweiten Budgetverhandlung war gar nicht so verwerflich, wie ich das selber einschätze. Leider etwas nötigend und aufdringlich. Wenn wir keine konkreten Angaben erhalten, was schon vor Jahren für diesen Bereich Verwaltungskosten gefordert wird, dann müssen wir ressortweise und global kürzen. Hier sprechen wir von fast 12 Mio. Franken Ausgaben. Da muss plausibel erklärt werden, wieso gerade hier nicht gespart werden kann.

Steuerfuss: Man liegt seit etlichen Jahren am Tabellenende im Kanton Thurgau. Wie wollen wir da wegkommen? Wie sieht die Zukunft aus? Auch hier wären Erklärungen sehr interessant.

Bezüglich Kennzahlen wird gerade flehentlich immer wieder auf die HRM2 hingewiesen, dass nach der Einführung unter den Gemeinden besser verglichen werden könne. Vergleiche sind gut, aber Arbon steckt im Finanzloch und muss selber da herausfinden.

Es wäre schön, heute im Zusammenhang mit der Rechnung, mit dieser Debatte, einen bewussten Schritt nach vorne zu tun. Besten Dank auch für ein paar aufklärende Antworten des Stadtrats.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Parlamentarierinnen, etc...: So sollte ich wohl, um der Bemerkung im Jahresbericht Seite drei unten gleichsam die weibliche Stirn zu bieten, weiterfahren. Ich gebe zu, ich habe es versucht. Und ich habe den Versuch abgebrochen, denn das Votum zum Eintreten war mir so unter der Hand zur Lachnummer verkommen. Und dies, werter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, ist der Sache, um die es hier geht, nicht angemessen – zudem für den Jahresbericht in seiner heutigen sprachlichen Form ein nur teilweise passender Spott. Denn wer liest, liest auch hier weitgehend „Schweizerinnen und Schweizer, Ausländerinnen und Ausländer oder Mitarbeitende“. Zugegeben: Konsequent durchgehalten ist dies nicht. Es mangelt noch an einzelnen Details. Aber diese lassen sich mit Leichtigkeit verbessern. Wir bitten also hier einfach, dies noch zu leisten, damit die zu Spott reizende Anmerkung auf Seite drei unten weggelassen werden kann.

Dafür möchte ich – so vorweg auf die Zukunft weisend – danken.

Auf die Gegenwart und Zukunft gerichtet sieht die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso 2015 als Vergangenheit, in der alle Einsparungen durch die wiederum gestiegenen Sozialhilfekosten und den geringer als budgetierten Steuereingang vernichtet worden sind. Und wir blicken von da her mit Sorge auf die Zukunft, fragen uns, wie wir diese ohne Steuererhöhung meistern sollten. Optimismus ist gewiss insoweit angezeigt, als Arbon – eingebettet in eine wunderbare Landschaft, kulturell attraktiv, ein Kleinod am See ist und so vielen viel wert ist. Das hört man immer wieder. Doch im Finanzbereich ist eine realistische Sicht angezeigt. Und diese macht mit Blick auf die Rechnung 2015 wiederum deutlich: Das Sparen ist verdienstvoll. Doch die Steuereinnahmen pro Kopf sind zurückgegangen, die Nachsteuern nicht wie budgetiert ausgefallen, der Sozialhilfebereich hat erneut eine Steigerung von fast 5% zu verzeichnen, der Voranschlag 2015 war hier zu tief, die Entwicklung macht Sorge.

Aber nicht nur. Glücklich sind wir im Gegenzug auch, dass die Kritik im Sozialhilfebereich ernst genommen und die Erkenntnisse aus der Betriebsanalyse umgesetzt werden, zudem die Zeit der Ausgaben für das Gastrokonzept, das Arbons Bevölkerung regelrecht vertäubt hat, hinter uns liegt. Die direkte Form der Suche nach geeigneten Pächterinnen und Pächtern durch den zuständigen Stadtrat stimmt zuversichtlich. Mit Einsatz und Fachkompetenz wird manches gelingen. Nicht einfach Zweckoptimismus ist angesagt, vielmehr mit einer realistischen Sicht auf die Finanzen und mit der Gewissheit, dass Arbon viel zu bieten hat und uns viel wert ist – wert sein darf, hat weiter geblickt zu werden.

Unklar ist uns trotz der Antwort auf die Frage der FGK aber was, um alles in der Welt denn im Bereich Sicherheit an neuen Anliegen abgedeckt werden soll. Hier wünschen wir, um klarer und noch realistischer zu sehen, konkrete Angaben und eine Abstützung auf aktuelle statistische Grundlagen. In der Detailberatung werden wir insbesondere vertieft auf diesen Bereich eingehen. Hier danken wir vorerst den Verantwortlichen und insbesondere Mischa Vonlanthen für die grosse Arbeit. Die Fraktion-SP Gewerkschaften Juso schliesst sich den Anträgen der FGK an, wird diesen zustimmen.

Roland Schöni, SVP: In Namen der SVP-Fraktion nehme ich ebenfalls Stellung zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung. Insbesondere möchten wir an erster Stelle dem Stadtrat, beziehungsweise der Finanzabteilung unter der Federführung von Mischa Vonlanthen, danken für die geleistete Arbeit und die gute Darstellung der Rechnung. Die auf den Schlusszeilen aufgezeigten Kennzahlen erlauben einen guten Überblick über die Entwicklung der einzelnen wichtigen Bereiche. Vieles wurde schon gesagt. Vor allem die Worte der CVP/EVP-Fraktion, denen können wir uns weitgehend anschliessen. Wir haben aber Bedenken, was das Votum der Fraktion-SP betrifft, die sich vor allem stört an den Formulierungen, was man machen kann, aber auch nicht weiter bringt. Irgendwann wird alles einmal einheitlich werden.

Ich komme zurück und möchte erwähnen, dass die Bereiche Soziale Wohlfahrt mit 1.4 Mio. Franken Budgetüberschreitung, bei gleichzeitig 1.1 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen zu Buche schlagen. Einsparungen konnten vor allem in den Bereichen: allgemeine Verwaltungen minus 9,8%, Kultur und Freizeit minus 14,1%, Gesundheit 2,4%, Verkehr minus 15,4%, Umwelt und Raumordnung minus 13,4%, Volkswirtschaft 13,1%, von den insgesamt 1.7 Mio. Franken Budgetüberschreitung zum Glück etwas kompensiert werden. An der Eindämmung der Sozialkosten müssen wir trotzdem mit aller Kraft weiterarbeiten, Wege und Lösungen finden, und dies ist möglich. Das Gleiche gilt für die rückläufigen Steuereinnahmen. Auch hier gilt es, Wege und Lösungen zu finden, die Arbon als Wohn- und Industrieort attraktiv machen.

Die SVP-Fraktion steht hinter der Stellungnahme der FGK zum Jahresbericht und Rechnung 2015, weist aber darauf hin, dass trotz Sparbemühungen die Investitionen (2015 nur 62 %) weiterhin massvoll getätigt werden müssen, um nicht zukünftige Folgekosten zu verursachen. In diesem Sinne sind wir für die Genehmigung der Rechnung.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Die vorliegende Rechnung 2015 wurde eingehend von der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission behandelt und die Fragen der FGK vom Stadtrat und der Verwaltung beantwortet. Sie alle haben den umfassenden Kommissionsbericht frühzeitig erhalten und konnten ihn studieren, wenn man dann wirklich wollte und konnte. Die Fraktion FDP/XMV kann sich den Voten der FGK grossmehrheitlich anschliessen. Grosse Überraschungen hat die Rechnung nicht wirklich gebracht, auch wenn der Fehlbetrag mit 1.8 Mio. Franken doppelt so hoch ausgefallen ist wie budgetiert. Diese Abweichung hat sich im Laufe des Jahres klar abgezeichnet und ist auch eingetreten. Dass Arbon bei einem solchen Defizit und einem schwindenden Eigenkapital im Vergleich der Steuersätze im Kanton immer noch als Schlusslicht dasteht, ist eigentlich wenig verwunderlich und auch wenig erfreulich.

Positiv festzustellen war bei der Durchsicht der Rechnung 2015, dass sehr viele Positionen im Bereich der Verwaltung gegenüber dem Budget unterschritten worden sind – das konnte in den Voranschlag 2016, dabei spreche ich von der Version zwei, dann auch übernommen werden und hat den gewünschten „Einsparungseffekt“ gebracht. Damit lässt sich klar sagen, Stadtrat und Verwaltung nehmen die Sparbemühungen ernst. Die negativen Einflüsse auf die Rechnung kamen denn auch aus zwei Bereichen, die nicht direkt von der Stadtverwaltung gesteuert werden können: den Steuereinnahmen mit minus 1.1 Mio. Franken und den überschrittenen Sozialhilfekosten mit plus 1.4 Mio. Franken gegenüber Budget. Während die Steuereinnahmen wohl einfach zu optimistisch budgetiert worden sind, hat die Stadt Arbon wohl auch zu lange nicht bemerkt, dass sie im Vergleich zu anderen Gemeinden viel zu hohe Lasten trägt. Vielleicht hat man das in den guten Jahren einfach auch ganz gezielt verdrängt. Heute können wir uns das aber nicht mehr leisten. Massnahmen tun daher not und können nicht von Arbon alleine entschieden werden. Wir werden nun sehen, wie rasch hier die Solidarität im ganzen Kanton mit Arbon spielen wird.

Die Aufbereitung der umfangreichen Unterlagen zur Rechnung musste bereits zum zweiten Mal seit Bestehen des Parlaments sowohl in der Verwaltung wie auch bei der FGK parallel zum zweiten Voranschlag 2016 getätigter werden. Es soll nicht verschwiegen werden, dass das für alle Beteiligten ein richtiger Kraftakt war. Die FDP/XMV-Fraktion möchte sich daher bei allen involvierten Stellen, aber auch beiden FGK-Mitgliedern für die zielorientierte Zusammenarbeit und die effiziente Aufarbeitung aller Fragen bedanken. Die FDP/XMV-Fraktion ist trotz Obligatorium für Eintreten.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Besten Dank für ihre Voten zum Eintreten auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2015. Besonders bedanken möchte ich mich bei der FGK für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit, die schliesslich in einen umfassenden Fragenkatalog mit den dazugehörigen Antworten des Stadtrats mündete. Wesentliche Faktoren für das gegenüber dem Budget höhere Defizit waren, Lukas Graf hat es erwähnt, erneut stark gestiegene Sozialhilfeausgaben und wider Erwarten geringere Steuereinnahmen. Per Ende Mai 2016 nun liegen die Steuereinnahmen wieder rund Fr. 700'000 über dem Vorjahr. Und die Sozialhilfeausgaben bewegen sich in etwa auf Budgethöhe. Die FGK attestiert dem Stadtrat und der Verwaltung im übrigen ein hohes Kostenbewusstsein, schliessen doch die übrigen funktionalen Hauptbereiche um insgesamt 1,7 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Ein Gesamtvergleich zum überarbeiteten Budget 2016 ergibt folgendes Bild: Ohne den ausserordentlichen Erlös aus dem Hamel-Verkauf würde der Fehlbetrag 2015 gar 2,9 Mio. Franken betragen, während der überarbeitete Voranschlag 2016 nun ein Defizit von knapp 1,6 Mio. Franken aufweist, was faktisch einer Verbesserung um rund 1,3 Mio. Franken entspricht. Und mit dem Finanzplan 2017 bis 2019, den der Stadtrat mit der Präsentation des revidierten Budgets 2016 vorgestellt hat, hat der Stadtrat aufgezeigt, wie er eine weitere Verbesserung der Finanzlage erreichen möchte. Als Stichworte seien hier vor allem ein besserer Lastenausgleich, höhere Steuereinnahmen durch eine steigende Einwohnerzahl und die Antworten auf die von den Fraktionen gemeinsam eingereichten Vorstösse erwähnt, welche ins Budget 2017 und in den neuen Finanzplan 2018 bis 2020 einfließen werden.

Die entscheidende Weichenstellung für die finanzielle Zukunft der Stadt Arbon werden also das Budget 2017 und vor allem auch die Finanzplanjahre 2018 bis 2020 sein. An einer Klausursitzung am 6. Juni 2016 hat sich der Stadtrat intensiv mit den Investitionen für das Jahr 2017 befasst. Er hat sich dabei auf das absolut Notwendige beschränkt, und so liegen die Nettoinvestitionen deutlich unter dem Budget 2015 und auch unter den Werten des revidierten Budgets 2016.

Präsident Jacob Auer: Das Eintreten ist somit unbestritten. Wir kommen nun zur materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung beraten und darüber abstimmen.

Wir beginnen mit der Beratung des Jahresberichts ab Seite 8:

Bericht des Stadtparlaments: Seiten 08 bis 11

Ressort Präsidium: Stadtpräsident Andreas Balg Seiten 12 bis 18

Lukas Graf, Präsident FGK: Seite 14 Personalbestand. Wie bereits im Bericht erwähnt, ist die FGK mit den Ausführungen zum Personalbestand auf Seite 14 noch immer nicht ganz zufrieden. Schon vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle eine Auflistung der budgetierten und der effektiven Stellenprozente inklusive Kosten pro Abteilung gefordert. In der Botschaft zum Budget 2016 wurde der Bestand erstmals in einer Tabelle pro Abteilung ausgewiesen und mit dem Budgetwert des Vorjahres verglichen. Wir gehen davon aus, dass dies auch im Jahresbericht möglich ist und danken dem Stadtrat im Voraus dafür, dass er den Jahresbericht, nächstes Jahr 2016, dann entsprechend ergänzt.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion hat eine Frage zur städtischen Wirtschaftspolitik, Seite 15 des Jahresberichts.

Dort wird festgehalten, aus den verschiedenen Dienstleistungen der Stadt würden rund 70 Kontakte resultieren.

Zudem hätten 2015 rund 100 Personen den Arboner Wirtschaftsgipfel besucht. Die FGK hat diesbezüglich nachgehakt und wollte wissen, wie viele und welche Erfolge aus diesen 70 Kontakten und den 100 Teilnehmern resultieren würden. Die Antwort des Stadtrats darauf lautet, rund die Hälfte der Kontakte würde sich auf neue Unternehmen beziehen. Diese würden mit einem Willkommensschreiben begrüßt und auf das städtische Unterstützungsangebot aufmerksam gemacht. Diese Leistungen seien 2015 konkret von drei Unternehmen in Anspruch genommen worden. Die jeweils 100 Besucher an den Wirtschaftsgipfeln 2014 und 2015 würden das Interesse für diesen Anlass zeigen.

Uns würde in diesem Zusammenhang nun interessieren, ob die Stadt auch aktives Standortmarketing betreibt und wenn ja, auf welche Weise und mit welchem Erfolg? Eine wirtschaftsfreundliche Einstellung, eine entsprechende Willkommenskultur und die gute Unterstützung von neuen, wie bereits länger ansässigen Unternehmen, sind sicherlich wichtig für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. In der heutigen Zeit, in der sich verschiedene Standorte sehr aktiv um die Ansiedlung neuer Betriebe bemühen, ist nach unserer Auffassung aber auch ein aktives Standortmarketing von zentraler Bedeutung. Wir wollen in Arbon ja nicht schleichend zur blassen Schlafstadt werden.

Stadtpräsident Andreas Balg: Das ganze Thema der Wirtschaftspolitik oder der Begriff, der lieber verwendet wird, die Wirtschaftsförderung, da ist es mir ein Anliegen, vielleicht zuerst einmal die Grundhaltung zu klären. Was ist denn eigentlich diese fördernde Massnahme für die Wirtschaft. Das sind alles die Massnahmen, die zu einem Wachstum führen.

Wenn wir uns dann fragen, ja wer sind denn die grössten Beitragsgeber zu diesem Wirtschaftswachstum? Das ist dann schnell klar, das sind dann die Unternehmen und die sind somit auch die stärksten Wirtschaftsförderer. Damit verdienen die auch unsere grösste Unterstützung, wenn es darum geht, insbesondere in Kontakt mit der Gemeinde, Fragen Abläufe, Formalitäten zu klären. Ein Punkt, den wir unterstützen, ist die, wir nennen das einmal die Bestandspflege, Unterstützung von bestehenden Unternehmen, Kontakte und Betreuung, eine eigentliche Help Line, wenn man so will. Ein zweiter sehr wichtiger Punkt, das durfte ich bereits mehrfach erwähnen, ist der Immobilienservice. Es ist richtig, dass es uns ein grosses Anliegen ist, dass es einerseits bestehende Gewerbe, Industrieflächen gibt, andererseits, dass diese bekannt sind und bei entsprechenden Anfragen gut begleitet werden. Das ist die Idee des Immobilienservices. Wer schon einmal auf unserer Karte Stadtseite war, hat gesehen, dass die freien Flächen und Objekte da auch aufgeführt werden. Ganz wichtig für jeden neuen Unternehmer, der eine Fläche oder ein Objekt sucht, ist es, die Möglichkeit zu geben, dass er das auch finden kann, und wenn er sie gefunden hat, unterstützt wird im Prozess, soweit wir das von der Stadt aus bewerkstelligen können.

Den Wirtschaftsgipfel hast du selbst erwähnt. Hier geht es um Informieren und Beziehungen pflegen. Es ist sehr wichtig, frühzeitig am Puls der Wirtschaft zu sein, den Kontakt zu den Unternehmern zu haben, um auch entsprechend reagieren zu können und zwar vorbereitend über die ganzen Entwicklungen, die in einzelnen Unternehmen stattfinden. Es ist ja ein Glück, die Verkäufe der AFG, VZug, MOBEA und auch AFG Küchen AG sind alle hiergeblieben. Sie investieren, schaffen Arbeitsplätze. Da haben wir aktuell eine gute Situation. Ich will das nicht bemessen, aber ich glaube auch, da konnten wir zumindest einen kleinen Beitrag leisten.

Ein letzter Punkt den ich noch erwähnen will, betrifft die Akquisition. (Ich habe kein Handy dabei, handyfreie Zone). Es ist so, dass wir auch Direktansprache von potenziellen Investoren vornehmen, immer dann, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet. In dem Zusammenhang war ich persönlich in verschiedenen Gesprächen mit HRS in Kontakt, um sie für das Werk-Zwei zu begeistern. Die Entscheide kennen wir alle. Oder wir sprechen Spezialitätenläden für unsere Altstadt an, die allenfalls dann, bei entsprechenden frei werdenden Räumlichkeiten, gut zu uns passen würden. Das Ganze, das vielleicht auch noch ein Hinweis, man bedenke, hier sprechen wir von 20 %, dieses Pensum steht Alexander Stojkovic zur Verfügung. Da bewegen wir natürlich keine grossen Geschichten. Wenn ich jetzt an die Bemerkung von FGK-Präsident Lukas Graf denke: Er sagt, wir sollen unbedingt schauen, dass die Ferienguthaben und die Zeitbudgets im Griff bleiben, dann kann man sich gut vorstellen, dass dies bei Ablehnung eines Budgets schon schwierig ist oder vielleicht schon gar nicht mehr möglich, und dass wir eben eingeschränkt sind mit unseren Aktivitäten. Darum konzentrieren wir uns auf diese vier wichtigen Punkte.

Ressort Finanzen: Vizestadtpräsident Patrick Hug Seiten 19 bis 22

Ressort Bau/Freizeit/Sport: Stadtrat Peter Gubser Seiten 23 bis 29

Ressort Soziales/Gesellschaft: Stadtrat Hans Ulrich Züllig Seiten 30 bis 37

Luzi Schmid, CVP/EVP: Seite 30, Abschnitt Altersbereich. Es ist nichts Neues, wenn ich sage, der Altersbereich wird zunehmend zur Herausforderung unserer Politik und unserer Gesellschaft. Aber diese Herausforderung sind wir unserer ältesten Generation schlicht und einfach schuldig. Hier in diesem Kapitel hätten deshalb durchaus etwas mehr Informationen, Absichten und Erfahrungen hingehört. Immerhin sollte der Stadtrat regelmässig über die Umsetzung des jetzt bereits zehnjährigen Alterskonzepts informieren. Es sind genau vier Sätze. Über die Jugend wird eine ganz Seite verwendet. Ich mag es der Jugend gönnen, aber die Problematik Altersbereich muss effektiv auch an die Hand genommen werden. Am meisten hat mich gestört die knappe Schlussfolgerung, dass Arbon gemäss einer Umfrage sich einer angemessenen guten Versorgungslage erfreuen darf.

Wer aber diese Umfrage gelesen hat, erfährt, dass durchaus differenzierter und sensibler vorgegangen werden sollte. Meine Frage nun an den Stadtrat: Wie beurteilt er die aktuelle Umsetzung des zehnjährigen Alterskonzepts? Was hat sich seither beim Angebot und andererseits bei unserer älteren Bevölkerung effektiv entwickelt, beziehungsweise verändert? Besten Dank für eine kurze Antwort.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Es mag zutreffen, dass der Abschnitt angesichts der demographischen Struktur in Arbon und der daraus abzuleitenden Deutung des Themas etwas kurz geraten ist. Allerdings ist das Thema der Altersvorsorge sehr breit gefächert und im begrenzten Rahmen des Jahresberichts gilt es auch Schwerpunkte zu setzen. Im Vorfeld, während der Abstimmung um die Demenzinitiative, waren die Situation und die Versorgungslage in der Region Arbon derart intensiv diskutiert worden, waren wir der Ansicht, dass diese Information noch frisch ist, und dass wir auf eine detaillierte Auslegung verzichten können. Das Alterskonzept wird regelmässig auf seine Aktualität überprüft, sei es intern bei der Festlegung der kurz und mittelfristigen Ziele der einzelnen Bereiche, sei es extern im Austausch zum Beispiel mit der Fachkommission für Altersfragen. Erst vorige Woche hat diese wieder getagt und es ist dabei ausdrücklich festgestellt worden, dass sich seit der genannten Volksabstimmung in der Zwischenzeit kein neuer Aspekt ergeben habe und die Versorgungslage nach wie vor als gut beurteilt wird.

Der Stadtrat wird wie bis anhin die Entwicklung auch weiterhin mit der gebührenden Ernsthaftigkeit verfolgen. Ich selbst, wie auch das Kader der sozialen Dienste haben für die Anliegen der Bevölkerung stets ein offenes Ohr und sind auch gerne bereit, Unterstützung zu leisten, wo immer sie eingefordert wird.

Ressort Einwohner Sicherheit:

Seiten 38 bis 48

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Auch dieses Jahr möchte ich wieder betonen, dass wir in Arbon nicht nur an einem wunderschönen, sondern auch an einem ruhigen und sicheren Ort leben. Dies zu betonen ist umso nötiger, weil der für die Sicherheit zuständige Stadtrat anscheinend lieber das Gegenteil verbreitet. In einem „Blitzlicht“ im felix jammerte er nämlich über einzelne Vandalismus-Vorfälle und forderte bereits wieder eine Erhöhung des Sicherheitsbudgets.

Das Gejammer über die Budgetkürzung sowie die Ankündigung, es dieses Jahr eventuell bereits wieder zu erhöhen, haben im Jahresbericht 2015 nichts verloren, wie dies auch die FGK in ihrem Bericht rügt.

Damit mir Roland Schöni dieses Jahr nicht wieder vorwerfen kann, ich hätte eine rosa Brille auf, möchte ich betonen: Ich lasse mich nicht einlullen von Zeitungsberichten oder Einzelerfahrungen, sondern stütze mich hier auf Zahlen, die schwarz auf weiss festgehalten sind. Ich zitiere aus der Kriminalitätsstatistik 2015 unseres Kantons: „Die Gesamtzahl der Straftaten nach StGB im Kanton Thurgau ging 2015 auf 10'913 Delikte zurück, dies bedeutet eine Abnahme um 6 Prozent. Die Zahlen liegen somit unter dem Niveau der Jahre 2008 und 2009, während die Bevölkerung seither um rund 10 Prozent gewachsen ist.“ Fazit: Trotz steigender Bevölkerung nimmt die Kriminalität ab – und das ist keine Ausnahmeherscheinung des letzten Jahres, sondern allgemeine Tendenz. Dass unter diesen Bedingungen das Sicherheitsbudget 2015 nochmals um gut 10 Prozent angestiegen ist, ist nicht nachvollziehbar.

Stadtrat Brühwiler beklagte im „Blitzlicht“ Vandalismus-Vorfälle in unserer Stadt. Ich greife dieses Beispiel sehr gerne auf. Im Jahr 2008 gab es im Kanton Thurgau 1788 Fälle von Sachbeschädigung. 2015 waren es noch 926. Das ist fast eine Halbierung des Vandalismus in den letzten 8 Jahren! Auch die Rechnung, die uns vorliegt, scheint das zu bestätigen: Das Budget wurde bei den Positionen WC-Anlagen, Spielplätze und Friedhof unterschritten. Der Grund ist angeführt: weniger Vandalismus!

Und trotzdem lese ich im Jahresbericht auf der Seite 43: „Die Securitas empfiehlt, die finanziellen Mittel für den Sicherheitsauftrag wieder nach oben anzupassen, um das bisherige Leistungsspektrum weiterhin zu gewährleisten und um neue Anliegen abzudecken.“ Ja ist das denn erstaunlich? Wenn ich für die Firma Securitas arbeiten würde, würde ich Ihnen das auch raten. Am besten verdoppeln wir das Sicherheitsbudget, wenn wir der Firma Securitas einen Gefallen tun wollen.

Ich bitte den Stadtrat: Er soll es zuerst einmal ernsthaft versuchen mit der reduzierten Ordnungsdienstpatrouille, bevor er Probleme herauftäuscht, wo keine sind. Reduzierte Ordnungspatrouille heißt nicht weniger Sicherheit. Zuständig für Ruhe und Ordnung ist die Polizei. Und die ist rund um die Uhr verfügbar. Ich habe erst kürzlich mit einem Polizisten gesprochen, der mir gesagt hat, dass sie um jeden Hinweis und Anruf aus der Bevölkerung froh seien, meistens bleibe es nämlich sehr ruhig. Wir müssen also nicht für viel Geld die Securitas engagieren, damit die sich langweilen können.

Jetzt noch einige Fragen an den zuständigen Stadtrat Konrad Brühwiler:

- Im Bericht steht: „Durch die Erhöhung des Jahresbudgets konnte die Präsenz durch den Revierdienst stark angehoben werden.“ Worin unterscheiden sich diese sogenannten „Revierkontrollen“ von den gewöhnlichen Patrouilleneinsätzen?
- Welche „Reviere“ in Arbon sind gemeint?
- Die FGK fragt im Bericht: „Welche neuen Anliegen soll die Securitas abdecken?“ Antwort des Stadtrates: „Von der Bevölkerung werden neue Anliegen vorgetragen, die von der Stadt an die Securitas übertragen werden.“ Ach so. Können sie uns vielleicht jetzt noch eine klare Antwort auf die Frage geben, was mit „neuen Anliegen“ gemeint ist?
- Wofür können Securitas-Mitarbeitende Bussen erteilen?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich gebe ja Felix Heller völlig recht in seiner Argumentation. Dank einer guten Securitas hatten wir Ordnung und Ruhe. Da ist überhaupt nichts zu fchten. Aber wir reden jetzt von der Vergangenheit und er spricht bereits die Zukunft an. Ich möchte vor allem seine Fragen beantworten. Wenn ich schon bei der Zukunft bin, dann muss ich noch loswerden: Wir erheben wirklich zurzeit die Rapporte der Securitas, die jetzt aktuell unterwegs sind. Wir hatten trotz schlechtem Frühlings-, Vorsommerwetter mehr Vandalismus als im letzten Jahr. Wir hatten mehr kaputte Wc's etc. als im letzten Jahr. Das ist eine Momentaufnahme und wir nehmen die Rapporte der Securitas ernst. Jetzt aber zu den Fragen der Vergangenheit.

Der Begriff „Revierkontrolle“ ist eine Bezeichnung der Firma Securitas für Kontrollgänge mehrmals täglich, aber nur mit einem Mann durchgeführt. Da werden mehrmals täglich öffentliche, öffentlich zugängliche, aber auch private Areale aufgesucht, sofern die Eigentümer mit der Securitas AG oder der Stadt Arbon eine Vereinbarung zur Überwachung getroffen haben. Revierkontrollen können zwischen 0 Uhr und 24 Uhr jederzeit veranlasst werden. Der Schwerpunkt liegt jedoch am Abend und in der Nacht. Wenn sich irgendwo im städtischen Raum ein Problem bezüglich Ruhe und Ordnung ergibt, können Revierkontrollen sehr flexibel auf unsere Weisung eingesetzt werden. Letztlich wird bei der Revierkontrolle jedes einzelne Objekt öfters kontrolliert.

Der Patrouillendienst, im Gegensatz, erfolgt mit zwei Ordnungsdienstbeauftragten und vorwiegend also von Freitag auf den Samstag und von Samstag auf den Sonntag. Die Kontrollgänge durch die Stadt, vorbei an vordefinierten Hotspots der Stadt, den Schulen und den mitbeteiligten privaten Objekteigentümern, dauern in der Regel drei Stunden, in besonders aktiven Nächten können es auch einmal sechs Stunden sein, abhängig vom Wetter, Aktivitäten, etc.. Auch hier liegen die Schwerpunkte am Abend und in der Nacht bis in die frühen Morgenstunden. Über alle Einsätze, ich habe es schon erwähnt, der Securitas wird der Stadt ein schriftlicher Rapport abgegeben, den auch die Polizei erhält.

Die neuen Anliegen könnten zum Beispiel die Überwachung und Sanktionierung des fahrenden Verkehrs, Kontrolle Fahrverbote, Kontrolle von verbotenen Einfahrten, Kontrolle von Zubringerdienst gestattet etc. sein.

Ich sage hier bewusst, könnte, denn da sind wir sehr zurückhaltend und überlassen diese Sanktionierungen und diese Kontrollen der Polizei, obwohl auch die in Arbon im Dienst stehenden Securitas-Mitarbeiter alle vereidigt sind und der Regierungsrat des Kantons Thurgau der Stadt Arbon für die Ahndung dieser Verstösse eine gesetzliche Vollmacht gegeben hat. Bereits heute wird aber Freitag- und Samstagabend hier auf dem Areal des Seeparksaals die nächtliche Bewirtschaftung der Parkplätze durch die Securitas erledigt und sanktioniert, wenn jemand die Parkgebühr nicht bezahlt hat. Aber viel eher, und nun wieder zur Zukunft, werden wir unsere Securitasleute bei Bedarf für die Erfassung der Fahrzeuge (Nachtparkieren), für die vermehrte Kontrolle der Hundeleinenpflicht und zur "Überwachung der Einhaltung des Abfallgesetzes, zum Beispiel des Litterings an neuralgischen Sammelstellen etc. einsetzen.

Ordnungsbussen werden also auch in Zukunft vor allem bei Verstößen zum Hundegesetz oder Abfallgesetz erlassen, könnten aber auch bei Verstößen beim ruhenden Verkehr erlassen werden. Ich hoffe, die Frage zu ihrer Befriedigung beantwortet zu haben.

Präsident Jacob Auer: Damit haben wir den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Roland Schöni, SVP: Ich möchte doch noch ein Wort zur Sicherheit im Kanton Thurgau und insbesondere für die Stadt Arbon sagen. Wenn man Felix Heller zuhört, würde ich empfehlen, dass man die Türe zu Haus nicht mehr abschliesst. Es ist alles dermassen sicher. Aber so ist es leider nicht. Zum Beispiel hat der Kanton Thurgau gemäss einer Aufstellung des Beobachters am zweitwenigsten Polizisten pro Einwohner in der ganzen Schweiz und das seit Jahren, zustande gekommen unter einem Regierungsrat und seiner Partei, indem die Arbeitsbedingungen, die Lohnverhältnisse zum Beispiel nicht mehr so attraktiv sind wie sie sein sollten, daher mit grossen Abwanderungen und Weggängen gerechnet worden ist.

Zur Statistik: Das kann man auslegen wie man will, das sind Zahlen, da gebe ich dir Recht. Nehmen wir fünf Drogenfahnder bei der Kantonspolizei Thurgau weg, was glauben sie, was passiert? Dann sinken die Zahlen, dann gibt es weniger Drogendelikte. Das Gleiche bei der Verkehrspolizei, schicken wir weniger Patrouillen auf die Strecke, was passiert? Es gibt viel weniger Verzeigungen. Das heisst aber nicht, dass diese Statistik auch die Zahlen präsentieren, wie es ist. So ist es nämlich nicht.

Wir, die SVP-Fraktion, haben bei der letzten Budgetsitzung ebenfalls einer Reduktion im Bereich Sicherheit bei den Securitas-Patrouillen zugestimmt, und zwar, weil wir überall sparen wollen und überall Hand geboten haben. Wir haben auch deinen Vorschlag von dir unterstützt mit keinem grossen Interesse. Jetzt aber rate ich ab, hier noch mehr zu sparen. Die Securitas macht gute Arbeit. Es ist einfach so, ein überwachter Raum ist ein sicherer Raum.

Im Grunde genommen ist es eigentlich bedenklich, dass die Gemeinden dermassen Geld aufwerfen müssen, um für die Sicherheit zu sorgen, was eigentlich Aufgabe der Kantonspolizei wäre. Aber mit diesen geringen Mitteln ist es eben nicht möglich, weil sie sich um die grösseren Sachen, um wirkliche Tatbestände kümmern müssen. Ich rate davon ab, dass wir jetzt die Schraube anziehen und hier noch weitere Abstriche machen.

Präsident Jacob Auer: Danke für die Ausführungen, die ich geduldig zur Kenntnis genommen habe. Werde aber Voten nächstes Mal, die nicht zum Thema gehören, das wir

behandeln, abbrechen. Es war interessant, ich habe es geduldet.
Das nächste Mal dulde ich es nicht mehr.

Damit haben wir den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Wir kommen zur Abstimmung des Jahresberichts Der Stadtrat beantragt ihnen, den Jahresbericht zu genehmigen. Auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen

://: **Der Jahresbericht 2015 der Stadt Arbon wird einstimmig angenommen.**

Ich schlage ihnen vor, dass ich, wie vorgängig, nur die einzelnen Ressorts der Laufenden Rechnung aufrufe. Ich denke, wir haben ja alle genug Zeit gehabt und uns gut vorbereitet. Ich lasse ihnen genügend Zeit, damit sie allfällige Bemerkungen, Anträge machen können. Bitte nennen sie dann die Kontonummer und den Betreff.

Dann beginnen wir zuerst mit Seite 50 Finanzierungsnachweis

10 Allgemeine Verwaltung: Seiten 51-55

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Verwaltung der Stadt macht immer kleine Tests zur Aufmerksamkeit des Parlaments und ich stelle fest, dass es kaum möglich ist, dass unter dem Konto 1021.3110 auf der Seite 53, Glasmessgeräte bestellt worden sind, sondern es heisst wohl: Gasmessgeräte. Desgleichen ist ihnen wohl aufgefallen, dass bei der Bevölkerungsstatistik einmal beim Zusammenzug gemacht wurde auf der Seite weiter vorne, wo der Zusammenzug mehr als 100% gegeben hat, nämlich, vielleicht finde ich es wieder um komplett zu sein, keine Zeit zu versäumen und keine Kritik des Präsidenten zu ernten, Seite 38 im Jahresbericht: Im Jahresbericht 1960 hatten wir 101% Bevölkerung.

11 Öffentliche Sicherheit: Seiten 56 – 62

Roman Buff, CVP/EVP: Konto 1140.3170 Spesenentschädigungen: Feuerwehreinsatzkosten Feuerwehr Arbon bei Einsatz Roduner von Fr. 1'271. Da darf man nicht schweigen, sondern muss doch sagen, dass es beschämend ist, dass die arme Gemeinde Horn diese geringen Spesen von Fr. 1'271 nicht trägt. Die Feuerwehr Arbon hat sich bei diesem Einsatz im Radunereareal engagiert. Man kann hier nur den Kopf schütteln.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Es ist leider so. Die Fakten sind klar, es ist geregt. Die Ausgaben, die man im Einsatz hat für das Material etc., das wird von der Gebäudeversicherung, bzw. von Horn getragen, dort wo der Brand stattgefunden hat. Die Feuerwehr Arbon hatte diesen längeren Einsatz, über mehrere Tage hinweg, sie hatte Feuerwache an diesem Riesengelände. Da war Horn überfordert und die Feuerwehr Arbon ist da eingesprungen. Die Getränke und ich glaube, es waren zweimal zwei Mittagessen, die hat nicht Horn übernommen, weil sie nicht dazu verpflichtet sind, sondern das muss die Feuerwehr Arbon selbst bezahlen.

Präsident Jacob Auer: Danke für die Ausführungen und nochmals danke an die Arboner Feuerwehr für ihren Einsatz.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass sich Horn mit Fr. 25'000 an unserer Liegenschaft im Presswerk beteiligen wird. Wenn Horn dieses bezahlt hat, möchte ich nicht allzu streng sein mit dem Verzehr unserer Feuerwehr in Horn. Würde sich Horn gar an unseren Sozialkosten beteiligen, meine ich, könnten wir eine glanzvolle Einladung an Horn machen. Die haben nämlich sinkende Sozialkosten. Demzufolge, beteiligten sie sich bei uns sogar noch an den Sozialkosten, würde ich noch mehr spendieren als nur dieses Vesper, das die Feuerwehr eingenommen hat in Horn.

Präsident Jacob Auer:

<u>13 Kultur und Freizeit</u> : Seiten 62 - 68	keine Bemerkungen
<u>14 Gesundheit</u> : Seiten 68 - 69	keine Bemerkungen
<u>15 Soziale Wohlfahrt</u> : Seiten 69 - 74	keine Bemerkungen
<u>16 Verkehr</u> : Seiten 74 - 76	

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Kontogruppe 1621 Parkierungsanlagen 4370. Bei der aktuellen Finanzlage ist nicht nur wichtig, was wir ausgeben, sondern auch was wir einnehmen. Wenn wir Kulanz zeigen bei den Bussen, können schnell einmal einige 10'000 Franken in der Stadtkasse fehlen. Es wird gefordert, dass bei der Sozialhilfe genauer hingeschaut wird; dass das Asylwesen verschärft wird; immer wieder wird der Ruf laut, dass straffällige Ausländerinnen und Ausländer härter angepackt werden sollen; auch bei herumlungern Jugendlichen fordern einige offenbar mehr Kontrollen. Kurzum: Überall soll die Schraube angezogen werden, bloss nicht beim Fehlverhalten von Automobilistinnen und Automobilisten. Ich möchte doch bitten: Wenn wir schon überall sonst genau hinschauen, setzen wir die Spielregeln auch beim Verkehr durch.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Kulant kann man so verstehen oder so verstehen. Ich glaube Arbon ist in Sachen Busse bekannt als sehr, sehr streng. Wir sind kulant, aber wir sind sehr fair und wir sind sehr korrekt. Aber wir sind ein bisschen kulanter geworden, indem wir zum Beispiel gesagt haben: Blaue Zone endet um 19.00 Uhr und um 18.50 Uhr wird niemand mehr gebüsst, der vergessen hat die blaue Karte zu legen. Das betrachten wir als Kulanz. Wir haben da Reklamationen bekommen: „Jetzt sind wir noch schnell im Novaseta einkaufen gegangen, um zehn Minuten vor sieben, und haben die Karte vergessen und mussten Fr. 40 bezahlen. Wir kommen nie mehr nach Arbon zum Einkaufen.“ Daraus haben wir gelernt. Da sind wir jetzt ein bisschen kulanter geworden. Ich behaupte nach wie vor, wir sind ein sehr, sehr strenges Bussenpflaster in Arbon.

<u>17 Umwelt und Raumordnung</u> : Seiten 77 - 80	keine Bemerkungen
---	-------------------

<u>18 Volkswirtschaft</u> : Seiten 81 - 82
--

Lukas Graf, Präsident FGK: Seite 81 Konto 1840.3180 und 1840.3181, das war genau die Seite, die im Jahresbericht falsch drin war. Wir haben die richtige Seite noch nachgeliefert bekommen.

Auf Antrag der FGK hat das Parlament die geplanten Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und das Standortmarketing an der Budgetsitzung im Dezember 2014 um jeweils 5'000 Franken gekürzt. Nun haben wir eine Budgetüberschreitung von knapp 5'000 Franken bei der Öffentlichkeitsarbeit und eine von fast 10'000 Franken beim Standortmarketing. Als Gründe werden die Erstellung der Neuzuzügerbroschüre und der neuen Imagebroschüre genannt. Für die FGK ist nicht verständlich, weshalb der Stadtrat hier den Parlamentswillen ignoriert und die beiden Broschüren trotz klarem Auftrag des Parlaments umgesetzt hat. Es geht hier nicht um gebundene Ausgaben – im Gegenteil. Die Erstellung einer neuen Broschüre gehört eindeutig in die Kategorie des Wünschbaren und nicht in jene des absolut Notwendigen. Es ist klar, es geht auch nicht um viel Geld. Wir fordern den Stadtpräsidenten auf, sich an die Spielregeln zu halten und Sparaufträge des Parlaments umzusetzen.

Präsident Jacob Auer:

<u>19 Finanzen und Steuern</u> : Seiten 82 - 86	Keine Bemerkungen
---	-------------------

Präsident Jacob Auer: Damit haben wir die Laufende Rechnung erledigt. Sind Fragen zu

den Darstellungen Seiten 87-91?
Sind Rückkommensanträge?

Dann kommen wir zur Materiellen Beratung der Investitionsrechnung. Ich werde gleich wie bei der Rechnung vorgehen.

<u>Investitionsrechnung</u> : ab Seiten 92 bis 103	keine Bemerkungen
<u>10 Allgemeine Verwaltung</u> : Seite 92	keine Bemerkungen
<u>11 Öffentliche Sicherheit</u> : Seite 92	keine Bemerkungen
<u>13 Kultur</u> : Seiten 93 -94	keine Bemerkungen
<u>14 Gesundheit</u> : Seite 95	Keine Bemerkungen
<u>16 Verkehr</u> : Seiten 95 - 99	Keine Bemerkungen
<u>17 Umwelt und Raumordnung</u> : Seiten 99 - 103	Keine Bemerkungen
Seite 104 Grafiken sind dazu Bemerkungen?	Keine Bemerkungen

Die Investitionsrechnung ist nun sehr elegant durchberaten, wir kommen zur Bestandesrechnung.

<u>Die Aktiven</u> : Seiten 105 und 106	Keine Bemerkungen
<u>Die Passiven</u> : Seiten 106 und 108	Keine Bemerkungen
<u>Entwicklung Darlehen und Eigenkapital</u> : Seite 109	Keine Bemerkungen
<u>Geldflussrechnung</u> : Seite 110	Keine Bemerkungen
<u>Kennzahlen</u> : Seiten 111 bis 118	Keine Bemerkungen

Präsident Jacob Auer: Seiten 119 bis 139, den Anhang zur Jahresrechnung 2014 müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Bevor wir zur Abstimmung der noch verbleibenden Anträge kommen, frage ich sie, gibt es einen Rückkommensantrag zu den Rechnungen?

Somit kommen wir zur Abstimmung der zwei verbleibenden Anträge des Stadtrats. Ich werde diese getrennt vornehmen.

Die Jahresrechnung 2015, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.

://: **Dem Antrag des Stadtrats, die Jahresrechnung 2015 zu genehmigen, wird einstimmig zugestimmt.**

Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2015 von Fr. 1'818'549.85 sei dem Eigenkapital zu belasten.

://: **Dem Antrag des Stadtrats, der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2015 von Fr. 1'818'549.85 sei dem Eigenkapital zu belasten, wird einstimmig zugestimmt.**

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördensreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage vom Tage der Bekanntmachung der Beschlüsse an gerechnet. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage sie an, ob jemand das Behördensreferendum ergreifen möchte?

Das Behördens-Referendum wird nicht ergriffen.

Ich bedanke mich beim Präsidenten der FGK, Lukas Graf und allen Kommissionsmitgliedern für die gute und aufwändige Arbeit.

3 Anpassung des Personal- und Besoldungsreglements in Art. 17 Abs. 2 und 49 Abs. 1 sowie Art. 18 und neuer Art. 64a

Redaktionslesung, Schlussabstimmung

Präsident Jacob Auer: Per Postversand am 7. Juni 2016 haben sie den Bericht der Redaktionskommission erhalten.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Namens der Redaktionskommission bitte ich sie, die Revision und Ergänzung des Personal- und Besoldungsreglements in der dritten Lesung in der Form zu genehmigen, wie auf der Rückseite des ihnen vorgelegten Berichts vorgeschlagen.

Dazu mache ich folgende fünf Bemerkungen:

1. Die Redaktionskommission freut sich darüber, dass anders als etwa bei der Revision des Parkierreglements formell korrekt vorgegangen worden ist. Nämlich, zwei Lesungen und eine Redaktionslesung, wie dies unser Geschäftsreglement vorschreibt. Also keine Hau-Ruck-Übung.
2. Materiell hat ihre Redaktionskommission kein Jota am Reglementstext geändert, ausser, dass der Satz, dass „widersprechende Bestimmungen als aufgehoben gelten sollen“, weggelassen worden ist. Auf Grund der Formulierung gemäss Ziffer I-III. „die Bestimmungen soundso lautet neu“, kann auf diesen Satz verzichtet werden.
3. Sie mögen einwenden, Titel und Gliederung in römische Ziffern seine kompliziert und (wenn sie ein gutes Gedächtnis haben), dies entspreche nicht früherer Praxis der Redaktionskommission. Die Kommission hätte ihnen Recht zu geben. Doch gescheiter und korrekter darf auch eine Redaktionskommission werden. Plus der vorliegende Text der Redaktionskommission, wie ihnen vorgeschlagen, entspricht genau den Richtlinien des Grossen Rats. Es besteht ein Grundsatzbeschluss, wonach wir uns in der Redaktionskommission an diese Richtlinien halten wollen. Dies erspart uns das Entwerfen eigener Richtlinien plus wir können uns an der reichhaltigen Praxis des Grossen Rats orientieren, Beispielsweise bei Problemen beim Rechtsdienst dort anfragen werden, ohne dass die uns sagen, wir hätten eine eigene Praxis. Das stimmt genau mit der Praxis des Grossen Rats überein, was wir tun.
4. Eine Entschuldigung: Ich habe ihnen in der zweiten Lesung versprochen, der Kommissionsbericht habe voraussichtlich auf einer Viertelseite Platz. Es sind zwei Seiten daraus geworden, 400% Budgetüberschreitung. Ich bitte sie um Entschuldigung und Nachsicht.
5. Eine versöhnliche Bemerkung(versöhnlich bezieht sich nicht auf meinen Sohn Felix): Weil ihre Redaktionskommission keine Sitzung abgehalten, sondern Zirkulationsbeschluss gefasst hat, konnte die Redaktionskommission ihre Arbeiten rasch abschliessen, so dass diese Redaktionslesung zeitlich schon heute und nicht erst an der kommenden Sitzung durchgeführt werden kann.

Dies ermöglicht dem Stadtrat, die Reglementsrevision und –ergänzung schon per 01.01.2017 in Kraft zu setzen und nicht erst später. Dies hat die entsprechenden Personalkosten-Ersparnisse zur Folge.

Sodann sind dank einem Zirkulationsbeschluss keine Kosten für Sitzungsgelder und Protokollierung angefallen. Beides, frühes Inkraftsetzen und keine Kosten für die Kommission, hat finanzielle Ersparnisse zur Folge, die sie hoffentlich betreffend Budgetüberschreitung von 400% bei der Seitenzahl des Berichts gnädig stimmen werden.

Ich bitte sie um Genehmigung des eingangs gestellten Antrags.

Präsident Jacob Auer: Ich danke Riquet Heller und habe auch das Verständnis für die 400 prozentige Überschreitung nach einem sanften Mail an Riquet Heller, er soll sich bitte bemühen, dass wir heute das Geschäft behandeln können. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem vorliegenden Vorschlag der Redaktionskommission zustimmen kann, der wie folgt lautet:

Personal- und Besoldungsreglements vom 28. Oktober 2008

I. Art. 17 Abs. 2 lautet neu:

Die durchschnittliche wöchentliche Soll-Arbeitszeit beträgt 42 Stunden, beziehungsweise durchschnittlich 8 Stunden und 24 Minuten pro Tag.

II. Art. 49 Abs. 1 lautet neu:

Soweit es der betriebliche Ablauf erlaubt, kann der Stadtammann Dienstaltersgeschenke auf Gesuch ganz oder teilweise in Ferien umwandeln. Dabei entspricht ein halber Monatslohn 84 Stunden und ein Monatslohn 168 Stunden.

III. Art. 18 Berechnung lautet neu:

Die jährliche Soll-Arbeitszeit wird wie folgt berechnet:

- Anzahl Tage pro Jahr,
- abzüglich Samstage und Sonntage,
- abzüglich individueller Ferienanspruch,
- abzüglich bezahlter Brückentag gemäss Art. 64a sowie
- abzüglich Feiertage gemäss Artikel 70, sofern sie nicht auf Wochenende fallen.

IV. Nach Art. 64 wird eingefügt:

Art. 64a Brückentag

Die Angestellten und die Lernenden erhalten einen bezahlten Brückentag pro Jahr, dessen Datum vom Stadtrat festgelegt wird. Die Stadtverwaltung und der Werkhof bleiben an diesem Tag geschlossen.

V. Der Stadtrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Reglements.

://: **Dem Antrag der Redaktionskommission wird bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.**

Die Stimmenthaltung erfolgt, da Christine Schuhwerk bei der Stadt angestellt ist und deshalb in den Ausstand getreten ist.

4. Interpellation betreffend „Auftrag, Qualität und Kosten der Jugendarbeit“

Beantwortung

Die Interpellation wurde am 22. März 2016 von Dominik Diezi und Roman Buff der Fraktion CVP/EVP, Max Gimmel, FDP/XMV, Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso, Andrea Vonlanthen, SVP sowie 20 Mitunterzeichnenden eingereicht und durch den Stadtrat beantwortet. Ich übergebe den Interpellanten das Wort für eine kurze Stellungnahme, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Der Stadtrat hat sich erfreulicherweise die Mühe genommen, die gestellten Fragen ausführlich und nachvollziehbar zu beantworten. Für die Schaffung weitgehender Transparenz im Bereich der städtischen Jugendarbeit möchten wir uns beim Stadtrat ausdrücklich bedanken.

Diese Interpellation erfolgte im Hinblick auf den Budgetprozess 2017, der bereits angelaufen ist. In diesem Zusammenhang erscheint es zweckdienlich, wenn der Stadtrat bereits heute zur Kenntnis nehmen kann, welche Schlüsse die einzelnen Fraktionen aus den Antworten auf die Interpellation ziehen. Zudem stellen sich im Zusammenhang mit dem städtischen Jugendtreff bzw. der Rondelle ergänzende Fragen. Ich beantrage daher Diskussion.

://: Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Präsident Jacob Auer: Ich erteile das Wort nochmals an die Interpellanten.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Als Mitinterpellant und Fraktionssprecher möchte ich feststellen, dass die Ausführungen des Stadtrates im Wesentlichen die positive Bewertung der CVP/EVP-Fraktion, was die Arbeit des Vereins Kinder- und Jugendarbeit und der städtischen Jugendarbeit insgesamt anbelangt, bestätigen. Wir teilen ohne weiteres die Auffassung des Stadtrats, dass in einer Stadt von der Grösse und mit der gesellschaftlichen Struktur Arbons ein städtisches Engagement im Bereich der Jugendarbeit notwendig ist. Die Förderung einer sinnvollen Freizeitgestaltung und die Früherkennung möglicher Konfliktsituationen sowie deren Entschärfung leisten in der Tat einen wichtigen präventiven Beitrag, den Zusammenhalt der Gesellschaft sowie die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum zu stärken. Sehr hilfreich sind in diesem Zusammenhang auch die verschiedenen Projekte, sei es nun im Bereich des Generationendialogs, der Förderung des gegenseitigen Respekts oder der Gesundheitsprävention. Wichtig sind auch die Vernetzung mit anderen Akteuren im Bereich der Jugendarbeit und die entsprechende Koordination des Angebots. Dem Verein Kinder- und Jugendarbeit gebührt an dieser Stelle ein grosses Lob für das entsprechende Engagement. Nachdem die verschiedenen Aktivitäten durchaus auf entsprechende Resonanz stossen, darf aus unserer Sicht in Anlehnung an die Ausführungen des Stadtrats festgehalten werden, dass in Arbon im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit das Richtige richtig gemacht wird.

Auch die Organisationsstruktur und die Kosten-/Nutzenrelation vermögen zu überzeugen. Dank den Eigenleistungen des Vereins und dessen verschiedenen Unterstützern belasten die eigentlichen Projektkosten der Kinder- und Jugendarbeit die Stadtkasse mit keinem einzigen Franken. Letztlich verbleibt für die Stadt nur, aber immerhin, die Finanzierung von 200 Stellenprozenten, zieht man die 40% ab, die auf Steinach entfallen. Dieses Engagement erscheint bei einer Stadt von immerhin über 14'000 Einwohnern und einer durchaus anspruchsvollen Sozialstruktur als keineswegs überrissen – im Gegenteil.

Allerdings muss in Zeiten knapper Finanzen aus Sicht der CVP/EVP-Fraktion grundsätzlich alles auf den Prüfstand. Wir begrüssen es daher sehr, dass die Kinder- und Jugendarbeit eine Überprüfung des Angebots stationärer Jugendtreff plant. Dies drängt sich – abgesehen von der aktuellen Finanzlage der Stadt - aus zwei Gründen auf. Zum einen sind die Besucherzahlen offenkundig rückläufig.

Es fragt sich daher, ob dieses Angebot noch einem breiten Bedürfnis entspricht. Zum anderen haben die beiden Landeskirchen genau in diesem Bereich in den letzten Jahren eigene Angebote aufgebaut. Der Stadtrat führt zwar zu Recht aus, dass solche Angebote aus Sicht der Stadt konfessionell neutral sein müssen. Nachdem es sich bei den erwähnten Angeboten der Landeskirchen aber um sehr niederschwellige Angebote handelt, die im Bereich der Diakonie und nicht der Seelsorge angesiedelt sind, dürfte diese Anforderung weitgehend erfüllt sein. Vielleicht könnte dieser Überprüfungsprozess im Hinblick auf das Budget 2017 ja etwas beschleunigt werden. In diesem Zusammenhang begrüssen wir auch die Bemühungen des Stadtrats, eine für die Stadt finanziell attraktivere Vermietung der Rondelle anzustreben. Es wäre interessant, vom Stadtrat den aktuellsten Stand dieser Bemühungen zu erfahren.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion-SP-Gewerkschaften-Juso dankt dem Stadtrat für die umfassende und gute Interpellationsantwort. Kostengünstiger kann man mit Kinder- und Jugendarbeit kaum fahren: Sämtliche Projekte des Vereins KJA sind fremdfinanziert. Für unsere Stadt fallen also lediglich Lohnkosten für drei Mitarbeitende an. Drei Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, die jeweils Teilzeit arbeiten, sind für eine Stadt der Größenordnung Arboms definitiv nicht viel. Vor allem auch angesichts der Tatsache, dass die KJA zusätzlich für die Gemeinde Steinach zuständig ist. Der Meinung, dass bei der KJA kein Sparpotenzial besteht, war auch die BHP Hanser und Partner anlässlich der durchgeführten Leistungsüberprüfung. Sie schrieb damals in ihrem Bericht: „Bei einer bedeutenden Reduktion der Aufwände würde die Präventivwirkung geschwächt, was langfristig mit dem Risiko zusätzlicher Kosten bei der öffentlichen Sozialhilfe verbunden ist.“ Wir tun gut daran, dies nicht zu riskieren. Gerne unterstreicht unsere Fraktion, was der Stadtrat in der Beantwortung schreibt: „Jeder präventiv eingesetzte Franken macht sich gesellschaftlich mehrfach bezahlt.“

Es ist eine Leistung, jährlich Mittel in der Höhe von Fr. 30'000 für Projekte zu generieren. Diese vielen Drittmittel sind vor allem auch der Sichtbarkeit unserer Kinder- und Jugendarbeit in der Öffentlichkeit zu verdanken. Die KJA ist auf vielen verschiedenen Ebenen aktiv und dadurch bei den Kindern und Jugendlichen bekannt. Sie ist außerdem sehr gut vernetzt mit Schulen, Nachbargemeinden und Kirchen. Keine Option ist es für uns, die Kinder- und Jugendarbeit an die Kirchen zu delegieren. Der Stadtrat schreibt richtig, dass die Kinder- und Jugendarbeit in einem säkularen Staat neutral sein muss.

Es ist unsinnig, wenn 30 Parlamentarierinnen und Parlamentarier darüber diskutieren, welche Projekte die KJA verfolgen und welche sie streichen soll. Natürlich kann man über Sinn und Unsinn jedes Projektes streiten und wenn es um Erziehung oder Bildung geht, meint sowieso jede und jeder mitschwatzen zu können, ob Arzt, Bäuerin, Maler oder Juristin. Mein Plädoyer: Schenken sie gut ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und -arbeiter etwas Vertrauen und lassen Sie sie ihre Arbeit machen, ohne ihnen dauernd ins Handwerk zu reden. Diese Leute sind vom Fach, was übrigens nicht bedeutet, dass sie den vielbeschworenen „gesunden Menschenverstand“ verloren hätten. Die Qualität unserer Kinder- und Jugendarbeit steht und fällt mit ihren Angestellten. Wir wollen gute Leute und gute Leute kosten auch etwas. Bei jenen, die sich um unser Vermögen kümmern, sind es schnell einmal ein paar Tausende; bei jenen, die sich um unsere Kinder kümmern, Fr. 56.40 pro Stunde.

Kritisch äussert sich die Fraktion SP, Gewerkschaften und Juso zu folgenden Punkten: Auf Seite 5 der Beantwortung steht, dass Lärm- und Litteringprobleme dank der KJA weitgehend kontrolliert werden könnten. Hier möchten wir klar betonen, dass die KJA nicht dazu da ist, die Jugend anzupassen, sie unsichtbar und nicht mehr spürbar zu machen. Wenn die Erwachsenen wünschen, dass für Ruhe und Sicherheit gesorgt wird, dann ist das die Aufgabe der „Erwachsenenarbeit“ und nicht der Jugendarbeit.

Die Äusserung auf Seite 4, wonach eine grosse Anzahl von Projekten für eine hohe Effizienz steht, ergibt keinen Sinn. Möglichst viel zu machen, hat mit Effizienz überhaupt nichts zu tun. Projekte durchführen, damit Projekte durchgeführt sind, ist eher das Gegenteil von Effizienz. Es ist deshalb wichtig, dass die KJA ihre Projekte immer wieder hinterfragt, die Qualität überprüft und dann auch entsprechend Anpassungen vornimmt. Dies gilt jetzt auch beim Jugendtreff: Wenn dieser an Bedeutung verliert und der Standort Rondelle nicht mehr zur Verfügung steht, sollte nicht das Ziel sein, dies einfach durch ein anderes Projekt zu kompensieren, damit die Anzahl Projekte gehalten werden kann. Die Qualität der Projekte muss über der Quantität stehen. Angesichts der momentanen Finanzlage ist für uns ausserdem klar: Der Nettoaufwand, der in den letzten Jahren stets gestiegen ist, sollte nun gehalten werden können.

Heinz Gygax, SVP: Im Namen der SVP bedanke ich mich beim Stadtrat für die Beantwortung der zahlreichen Fragen. Dennoch erlauben wir uns auf einige Punkte hinzuweisen, die aus unserer Sicht ernsthaft zu hinterfragen sind.

Zur Frage 2: Aufschlüsselung der Stellenprozente:

Eine der Hauptaufgaben der Kinder- und Jugendarbeit sind die aufsuchenden Stadtgänge. Diese wurden halbiert auf gerade einmal circa 5% der gesamten Leistungen. Dies wegen der zeitlichen Aufwendungen für das Unicef-Label. Für das laufende Jahr sind 250 Stunden Arbeit vorgesehen. Ist das Label aber einmal erfüllt, wird es stetige Anstrengungen brauchen für dessen Unterhalt. Die Kosten müssen gut im Auge behalten werden.

Was für den städtischen Sicherheitsdienst gilt, lässt sich auch auf die aufsuchende Arbeit übertragen. Nämlich: Präsenz markieren. Diese Präsenzzeit wurde kurzerhand auf die Hälfte reduziert, ohne dass dies scheinbar jemand gemerkt hat und ohne negative Auswirkungen. Ohne die Leistungen für Steinach, gemäss Leistungsvereinbarung, beträgt der Anteil für die Organisation beinahe 30%, Arbeitsaufwand für Team, Vernetzung und Sekretariat. Wir meinen, dass dieser Anteil unangemessen hoch ist, zumal viele Aktivitäten inzwischen standardmäßig durchgeführt werden können.

Zur Frage 5: Überprüfung der Qualität

Bei der laufenden Qualitätsüberprüfung werden uns vier- bis fünfstellige Gesamtkontaktzahlen präsentiert. Das ist gut und recht, wirkt aber etwas konfus. Wir vermissen hier, dass der Focus vermehrt auf die Qualität anstatt auf die Quantität gerichtet wird. Es wäre insbesondere interessant zu erfahren, was alle Bemühungen zur Verbesserung von Lärm-, Vandalismus- und Litteringproblemen als Präventionserfolg gebracht haben. Dazu hätte man auch Dritte befragen müssen. Doch dazu steht in der Antwort leider nichts.

Zur Frage 7: Einsparpotenzial für Stadtkasse:

Hier lautet die Antwort des Stadtrates auf Kurzform gebracht: Keines! Man ist offenbar der Ansicht, dass wenn hier gespart wird, Zitat, „negative Konsequenzen“ drohen. Also nichts von Optimierung und Sparwille. Auch eine externe Leistungsüberprüfung aus dem Jahre 2014 sollte angesichts unserer knappen Finanzen hinterfragt werden. Generell hegt die Fraktion der SVP Zweifel am Verhältnis von Aufwand und Nutzen der Kinder- und Jugendarbeit in Arbon.

Das Stadtparlament hat kürzlich beschlossen, die Kosten für den städtischen Sicherheitsdienst um 30% zu reduzieren. Hat der Stadtrat den Mut, auf die kommende Budgetierung hier Ausgaben durch Stelleneinsparungen im selben Rahmen vorzunehmen? Wir meinen, dies wäre verkraftbar. Soviel zu den Antworten des Stadtrates.

Nun noch ein paar allgemeine Bemerkungen.

Durch die bunten Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit übernimmt sie Aufgaben, die Schule, Vereine und christliche Jugendgruppen bereits erfüllen.

Die Frage sei erlaubt, warum mit Mitteln der Stadtkasse Doppelpurigkeiten erzeugt werden. Mit diesem Geldsegen könnten die genannten Institutionen wohl einiges mehr für unsere Jugend tun.

Rondelle:

Die SVP- Fraktion begrüßt das Vorgehen des Stadtrates, diese Liegenschaft anderweitig zu vermieten. Ein Weiterbetrieb des kaum mehr nachgefragten Jugendtreffs darf nicht künstlich aufrechterhalten werden.

Kassabericht 2015 des Vereins Kinder- und Jugendarbeit:

Geld erhält der Verein von diversen Institutionen, unter anderen vom Kanton Thurgau, verschiedenen Schulgemeinden, der Katholischen Kirchgemeinde bis hin zur Migros Genossenschaft. Interessant: Kein Geld gab es offenbar von der Evangelischen Kirchgemeinde!

Keine der Personen, welche in der Kinder- und Jugendarbeit tätig ist, hat ihren Wohnsitz in Arbon. Schade. Wäre es nicht wünschenswert, nicht nur der Steuern wegen, dass vermehrt bei der Stellenbesetzung auf Wohnsitznahme in Arbon geachtet werden sollte? Der Kontakt mit Behörden, Vereinen und nicht zuletzt mit den Kindern und Jugendlichen kann so vielleicht verbessert werden.

Ich hoffe sehr, ihnen mit diesen kritischen Worten doch ein paar Denkanstösse vermittelt zu haben und danke für ihre Aufmerksamkeit.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich versuche es kurz zu machen, und ich versuche auch, mich aus dem operativen Geschäft der Stadt, so weit wie möglich, herauszuhalten. Das geht uns nichts an. Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat für die sachliche und gute Information in der Beantwortung der Interpellation.

Auf der Suche nach Sparpotential haben auch wir in unserer Fraktion die Kinder- und Jugendarbeit im Visier gehabt. Eine Viertelmillion ist uns diese Arbeit wert, Fr. 56.40 haben wir gehört, pro Stunde für die Betreuung. Mancher Sport- oder Kulturverein, der ebenso eine sehr wichtige Kinder- und Jugendarbeit leistet, wäre froh, er könnte seinen Betreuern und Trainern soviel bezahlen. Dieser Vergleich greift aber trotzdem zu kurz. Die Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendarbeit beobachten die Strasse und nehmen die Veränderungen wahr. Sie sind wichtige Gesprächspartner der Schulen und haben einen anderen Job als ein Trainer in einem Sportverein, der seine Schützlinge in Technik ausbildet und zu grösseren Leistungen antreiben will. Sie erfüllen letztlich eben auch einen Leistungsauftrag, wie er vom Kanton gefordert wird.

Wir wollen nicht gestört werden, wir wollen keine Schmierereien und wir wollen kein Littering. So gesehen müsste man bald einmal darüber nachdenken, ob wir nicht auch eine Erwachsenenarbeit einführen sollten. Viele Vorkommnisse, die uns heute nerven, betreffen weniger Kinder und Jugendliche, juristisch gesehen, sondern vielmehr junge und ältere Erwachsene, das ist aber eine andere Klientel.

Die Beurteilung der Qualität der Kinder- Jugendarbeit ist wohl nur schwer messbar. Wenn man sie also kaum oder gar nicht wahrnimmt und somit Ruhe herrscht, funktioniert sie sehr wahrscheinlich gut. Und das ist offensichtlich in Arbon der Fall. Und für Arbon ist das ein Mehrwert und ein Qualitätsmerkmal. Und so bedanken wir uns bei allen Beteiligten, die daran arbeiten, Tag für Tag, und bitten sie, die mittlerweile zehnjährige Arbeit konsequent fortzuführen. Dabei finden wir es wichtig, dass auf die Kinder und Jugendlichen zugegangen wird und nicht nur in der Rondelle gewartet wird.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Bevor ich das Wort zum aktuellen Stand der Vermietung der Rondelle an Stadtratskollege Peter Gubser gebe, möchte ich mich als Präsident des

Vereins Kinder- und Jugendarbeit Arbon vorab bedanken für die grösstenteils lobenden Worte, was die geleistete Arbeit in diesem Bereich betrifft.

Zum kritischen Votum von Heinz Gygax: Die Besucherzahlen des stationären Jugendtreffs sind in der Tat seit längerem rückläufig und entsprechend wurden auch die Öffnungszeiten sukzessive auf mittlerweile nur noch drei Stunden pro Woche reduziert und auch die Ferienzeiten wurden ausgedehnt. Dieses Faktum rechtfertigt es aus Sicht des Stadtrats nicht länger, dass die Kinder- und Jugendarbeit die städtische Liegenschaft Rondelle als Hauptmieterin benützen kann und soll. Ob und in welcher Form der Jugendtreff weiter bestehen soll, wird der Vereinsvorstand im Rahmen einer Strategieüberprüfung festlegen. Im Rahmen dieser Standortbestimmung werden wir unter anderem auch ihre Fragen erörtern, Heinz Gygax. Ich habe mir diese notiert. Zur Evangelischen Kirchengemeinde: Diese unterstützt die Kinder- und Jugendarbeit Arbon projektbezogen und nicht mit einem jährlichen Beitrag.

Der Kindertreff, welcher früher ebenfalls in der Rondelle beheimatet war, wird heute in mobiler Form an verschiedenen Orten durchgeführt. Ähnliche Szenarien sind auch für den Jugendtreff denkbar. Klar ist aber, Dominik Diezi, dass für den Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon heute die aufsuchende Arbeit und auch die Präventionstätigkeit klar im Vordergrund stehen.

Stadtrat Peter Gubser: Ein Wort noch zur zukünftigen Vermietung der Rondelle. Zu Beginn dieses Jahres ist die Stadtmusik Arbon auf die Stadt zugekommen, mit der Frage, ob es möglich wäre, die ganze Rondelle zu mieten. Es haben Verhandlungen, Gespräche stattgefunden zwischen der Stadtmusik und dem Ressort Bau. Und in absehbarer Zeit werden wir einen Mietvertrag machen können mit der Stadtmusik für die Stadtmusik selber und für ihre Musikschule Arbon-Horn, damit die Stadtmusik und die Musikschule Arbon-Horn gemeinsam eine gute und neue Bleibe hat für ihre, meiner Ansicht nach, sehr förderungswürdige Arbeit mit Jugendlichen in der Förderung der Musik in unserer Stadt.

Das hat finanziell positive Auswirkungen, indem eine etwas bessere Auslastung erreicht wird, und die Rondelle dann nicht mehr das Budget belastet sondern einen kleinen Ertrag abwirft. Aber bitte, verlangen sie nicht vom Stadtrat eine vollständige Inwertsetzung der Rondelle. Da müssten wir nämlich der Stadtmusik einen Mietzins verlangen, der ans Läbige gehen würde der Stadtmusik. Wir müssen da einen vernünftigen Mietzins bestimmen, der für die Stadt gewisse Einnahmen generiert und der Stadtmusik eine gute Weiterarbeit ermöglicht.

Präsident Jacob Auer: Sind keine weiteren Wortmeldungen mehr, ist dieses Geschäft erledigt.

5. Interpellation betreffend „Senkung der Sozialhilfekosten“

Beantwortung

Die Interpellation wurde am 22. März 2016 von Dominik Diezi und Roman Buff der Fraktion CVP/EVP, Max Gimmel, FDP/XMV, Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso, Andrea Vonlanthen, SVP sowie 20 Mitunterzeichnenden eingereicht und durch den Stadtrat beantwortet. Ich übergebe das Wort den Interpellanten.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Ich fasse mich an dieser Stelle auch ganz kurz. Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen, verweise sinngemäss auf meine Ausführungen unserer vorherigen Interpellation und beantrage Diskussion.

://: **Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.**

Präsident Jacob Auer: Wem darf ich das Wort geben?

Andrea Vonlanthen, SVP: Gemeinsam stellen die Fraktionspräsidenten Fragen unter dem Titel «Senkung der Sozialhilfekosten». Sie teilen die Sorgen um die explodierenden Sozialhilfekosten, den grössten Ausgabenposten in der Laufenden Rechnung der Stadt Arbon. Sie möchten darum vom Stadtrat wissen, wie er diese Kosten endlich in den Griff bekommen will.

Das sagt der Stadtrat in seiner Antwort auf die Fragen der Interpellanten:

1. In seinem Kernauftrag – Verwaltung und Fallführung – erhalte das Arboener Sozialamt laut Fachbericht des Büros RGB von Markus Riz in Gossau «Bestnoten», trotz deutlicher Unterbesetzung. Unser Sozialamt verfüge «über eine hochstehende Struktur und über effiziente Prozesse». «Einzelne Schwächen in der administrativen Dokumentation» seien mit der «hohen Fallbelastung» zu erklären. Den «im RGB-Bericht aufgezeigten Risiken» trage das Sozialamt mit einem Aktionsplan und zwölf konkreten Massnahmen Rechnung. Die erste und wichtigste Massnahme sei die Erhöhung des Stellenetats um 100 Prozent.
2. Aufgrund der revidierten SKOS-Richtlinien könne von einem jährlichen Sparpotenzial von Fr. 136'128 ausgegangen werden.
3. Es könne davon ausgegangen werden, dass künftig 50% der anrechenbaren Sozialhilfekosten über den kantonalen Finanzausgleich entschädigt werden.

Gut, dass sich der Stadtrat stark auf den fundierten Bericht «Riz», der ja von der SVP-Fraktion angestossen worden war, abstützt. Bei der genauen Lektüre des Berichts kommt man aber nicht durchwegs zu den gleichen Schlüssen wie der Stadtrat.

Was der Bericht auch noch sagt:

Bei der fachspezifischen Qualität, der individuellen Fallbearbeitung, den Rückerstattungen (auch beim DOCK!), der Mitwirkungspflicht und anderem mehr bestünden deutliche Defizite. Drei von vier Sachbearbeitern hätten vorher auch nicht in der Sozialhilfe gearbeitet. Wörtlich: ... auch «infolge teilweisen Fehlens von sozialhilferechtlicher Fachlichkeit sind verschiedene qualitative Verbesserungen möglich». Das heisst: In der praktischen Alltagsarbeit und der konsequenten Durchsetzung der Rechte und Pflichten verdient sich das Sozialamt keineswegs Bestnoten. Der Bericht belegt das mit zahlreichen Beispielen. Mit einer personellen Aufstockung und einer besseren Fallführung seien «massgebliche Einsparungen» möglich, meint der Bericht weiter, also offensichtlich mehr als die vom Stadtrat aufgeführten Fr. 136'128. Allein beim DOCK müssten noch Fr. 25'000 bis Fr. 30'000 pro Jahr rückgefordert werden (Seite 18).

Wer die einzelnen Zahlen genauer unter die Lupe nimmt, setzt auch zur angeblichen «deutlichen Unterbesetzung» des Sozialamtes Fragezeichen. Wie der Bericht «Riz» auf 130 Fälle pro Sachbearbeiter am Stichtag vom 29.9.2015 kommt, ist völlig schleierhaft. Im «felix»-Interview vom 15. April stellt der neue Amtsleiter Lukas Feierabend fest, das Arboener Sozialamt betreue mit 350 Stellenprozenten insgesamt 330 Fälle. (Laut Jahresbericht waren es Ende 2015 insgesamt 303 Fälle.) Bei 330 Fällen macht das pro Sozialarbeiter 94 Fälle – und nicht 130. Angemessen sind laut Herrn Riz 80 bis 100 Fälle pro fallführenden Mitarbeiter. Seit 1. Mai, sie wissen es, sind es nun ja 450 Stellenprozenten – macht pro Sozialarbeiter noch 73 Fälle. Von einer Unterbesetzung kann nun erst recht nicht mehr gesprochen werden. Dies umso mehr, als das Sozialamt noch 330 Stellenprozenten für das Sekretariat einsetzt. Herr Riz hält ein 50-Prozent-Sekretariat pro fallführende Fachperson für angebracht. Angemessen wären also für das Arboener Sekretariat 225 Stellenprozenten – statt 350, wie gehabt.

Mit andern Worten: Der Hinweis auf den deutlichen Unterbestand ist zu relativieren. Er traf bis jetzt offensichtlich nicht im geschilderten Mass zu – und er gilt jetzt sowieso nicht mehr. Kein Zweifel: Die Aufgabe des Sozialhelfers ist heute besonders anspruchsvoll.

Viele Fälle sind sehr komplex. Aber das ist nicht nur in Arbon so. Darum muss der Fachlichkeit der Fachperson und der Qualität der Alltagsarbeit höchstes Augenmerk geschenkt werden.

Und der rechtliche Spielraum, den die SKOS-Vorgaben durchaus bieten, muss konsequent genutzt werden.

Damit sie mich richtig verstehen: Wir wollen alles andere als ein unmenschlich agierendes Sozialamt. Doch wir wollen ein Amt, das im Spannungsfeld zwischen den Richtlinien, den Bedürfnissen der Hilfesuchenden und den Interessen des Steuerzahlers professionell, korrekt und konsequent arbeitet. Amtschef Lukas Feierabend sagt: «Mit der zusätzlichen Stelle können wir die Qualität um eine Stufe anheben.» An dieser Aussage sollten wir die Arbeit des Sozialamtes in den nächsten Monaten messen.

Noch eine Bemerkung zum kantonalen Finanzausgleich, auf den ungemein starke Hoffnungen gesetzt werden. Die Sozialhilfekosten steigen in allen grösseren Gemeinden stark. Der Kanton anderseits ist gerade daran, sein rigoros LÜP-Sparprogramm umzusetzen. Ob er in dieser Situation noch zig-Millionen für den sozialen Lastenausgleich locker macht, ist alles andere als gewiss.

Darum: Es ist nicht falsch, mit aller politischen Kraft für höhere kantonale Beiträge zu kämpfen. Ebenso müssen wir aber mit aller Kraft unsere Hausaufgaben machen. Das gilt für das Sozialamt mit seinem neuen, umgänglichen Chef, das gilt für die Sozialhilfebehörde und das gilt für die massgebenden politischen Entscheidungsträger. Wenn uns das nicht gelingt, zeigt die Kurve der Sozialhilfekosten weiterhin nur in eine Richtung: nach oben.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Wer die städtischen Finanzen sanieren will, muss die steigenden Sozialausgaben in den Griff bekommen. Ansonsten machen die entsprechenden Steigerungen Sanierungsbemühungen an anderen Stellen gleich wieder zunichte. Diese Diagnose ist einfach. Hier Abhilfe zu schaffen, ist ungleich schwieriger.

Was man sicherlich sagen darf: Nur auf der Ausgabenseite werden wir das Problem nicht lösen können. Es ist deshalb nach Auffassung der CVP/EVP-Fraktion absolut richtig, dass der Stadtrat intensive Bemühungen unternimmt, die auf eine Anpassung des kantonalen Lastenausgleichs hinzielen. Hoffen wir, dass sich hier die Dinge bald zugunsten der Stadt Arbon ändern werden.

Was können wir in Arbon selbst tun? Welche Hausaufgaben haben wir hier zu lösen? Wir meinen, dass hier der Bericht „Riz“ eine wertvolle Hilfestellung bietet. Es ist sehr zu begrüssen, dass der Stadtrat im Nachgang an diesen Bericht bereits intensiv über entsprechende Massnahmen nachgedacht und einen entsprechenden Aktionsplan verabschiedet hat. Teilweise sind die Massnahmen bereits umgesetzt worden. So ist insbesondere der Stellenetat angepasst worden.

Der Zeitpunkt für einen Aktionsplan ist insofern günstig, als der Sozialdienst ja bekanntlich unter neuer Leitung steht. Es ist sicherlich von Vorteil, wenn sich der neue Leiter gänzlich unbelastet von der Vergangenheit an die Umsetzung der Massnahmen machen kann.

Und es gibt einiges zu tun. Ich möchte darauf verzichten, die verschiedenen Punkte aufzuzählen, bei denen der Bericht „Riz“ Verbesserungspotential sieht. Ich will vielmehr vor allem auf einen Aspekt eingehen, der uns von zentraler Bedeutung erscheint und der gemäss unserem Eindruck bislang vom Stadtrat wohl noch zu wenig berücksichtigt worden ist.

Zunächst teilen wir die Auffassung des Stadtrats, dass der Bericht „Riz“ dem städtischen Sozialdienst eine gute Organisationsstruktur attestiert.

Es gibt grundsätzlich auch keine Anhaltspunkte, dass Leistungen ausgerichtet werden, für die keine oder keine ausreichende Rechtsgrundlage besteht.

Erhebliches Verbesserungspotential besteht unserer Meinung nach aber im Bereich des sogenannten Case Management, also der engmaschigen Betreuung der Klienten. Ich zitiere aus dem Bericht Riz, S. 16: „Es werden zwar die Grundsätze der Sozialhilfe richtig angewendet. Aber in den geprüften Fällen ist ersichtlich, dass es am nötigen Nachdruck fehlt, Klienten konsequenter und nachhaltiger zur Selbständigkeit zu bringen und wieder in der Arbeitswelt zu integrieren, oder über die Sozialversicherung abzulösen. Der Abteilungsleiter versucht durch seine jährlichen Revisionen, durch Coaching und durch klare, straffe Strukturen dem entgegenzuwirken. Allerdings offenbar nur mit mässigem Erfolg. Wir müssen also feststellen: Es wird nicht so gearbeitet, wie dies die Vorstellungen des Abteilungsleiters vorgeben. Damit ist keinesfalls eine ungenügende Arbeitsleistung der Mitarbeiter gemeint. Vielmehr geben alle Mitarbeitenden ihr bestes.“

Das wir uns richtig verstehen: Eine solche engmaschige Betreuung der Klienten nach dem Grundsatz „Fordern und Fördern“ ist eine anspruchsvolle Aufgabe und braucht vor allem auch viel Zeit. Es gilt, in enger Zusammenarbeit mit den Klienten deren Ressourcen zu klären, die geeigneten Fördermassnahmen zu definieren, entsprechende Absprachen zu tätigen und durchzusetzen, nötigenfalls die Nichteinhaltung zu sanktionieren, dies alles mit dem Ziel, den Klienten wirtschaftlich wieder ein möglichst eigenständiges Leben zu ermöglichen. Dies setzt entsprechend geschulte Mitarbeiter voraus, und vor allem benötigt dies entsprechende zeitliche Ressourcen. Dass diese bei 130, oder auch bei 100 Dossiers pro Mitarbeiter, wie dies in der Vergangenheit der Fall war, nicht vorhanden sind, liegt auf der Hand. Insofern sind den Mitarbeitern des Sozialdienstes auch überhaupt keine Vorwürfe zu machen. Sie haben vielmehr in der gegebenen Situation wohl das Optimum herausgeholt. Aber politisch besteht Handlungsbedarf, der vom Stadtrat erfreulicherweise ja auch zu einem guten Teil erkannt worden ist.

Noch zwei letzte Anmerkungen: Wir sind mit dem Bericht „Riz“ der Überzeugung, dass das Einsparpotential aufgrund eines verbesserten Casemanagements die eingesetzten Personalkosten auf mittlere Sicht deutlich übersteigen wird. Zudem profitieren bei einer engmaschigen Führung der Klienten nicht nur die Stadt kasse, sondern auch die Klienten selbst.

Gesamtfazit: Ohne den Kanton, sprich einen angepassten Lastenausgleich wird es nicht gehen. Aber wir haben auch unsere eigenen Hausaufgaben zu lösen. Wir sind zuversichtlich, dass dies mit dem neuen Leiter der Sozialdienste gelingen wird.

Max Gimmel, FDP/XMV: Namens der FDP/XMV-Fraktion danke ich dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Leider ist die Interpellation zu spät erfolgt oder zu früh erfolgt. Wenn der Bericht vorgelegen hätte, hätten wir bestimmt gewisse Fragen präziser stellen auch gewisse Antworten anders steuern können. Nun haben wir diesen Bericht. Er ist eigentlich sehr fundiert. Die Antworten, die jetzt vom Stadtrat gekommen sind, sind meiner Ansicht nach relativ unbedeutend, im Verhältnis zu dem, was effektiv im Bericht gestanden hat. Ich meine also, wir würden besser daran tun, den Bericht, den wir bekommen haben, wirklich sorgfältig zu lesen und uns daran zu orientieren.

Wir haben nämlich in unserer Fraktion das Gefühl, dass nun die Sozialen Dienste ausreichend geröntgt und beurteilt wurden. Wenn man das alles wirklich umsetzen kann, was der Stadtrat sich vorgegeben hat, dann denke ich, ist man auf dem richtigen Weg.

Wenn wir aber, wie in der Jahresrechnung gehört, innerhalb eines Jahres 1,1 Mio. Franken mehr Ausgaben, respektive Beiträge sprechen müssen an Thurgauer, Schweizer und Ausländer, dann können wir mit einem verbesserten Case-Management nicht einmal annähernd diese Mehrausgaben decken.

Wir bewegen uns also in einem Raum in diesem Bericht drin, wo wir eigentlich vieles ein bisschen verbessern können, aber das Problem an der Wurzel, das können wir nicht packen. Deshalb denke ich, reicht es einfach nicht, nur immer von den Sozialen Diensten zu sprechen, sondern wir müssen viel mehr einmal sehen, was müssen wir in Arbon bewegen, dass wir eben die Einnahmenseite wesentlich markant verbessern können. Das muss das Ziel sein. Hätten wir annähernd durchschnittliche Einnahmen wie andere grössere Gemeinden, wären diese Sozialkosten überhaupt kein Problem. Heute sind sie ein grosses Problem, und sie werden uns daran hindern, die Solidarität der anderen Gemeinden zu bekommen, die das Gefühl haben, in Arbon wird nicht richtig gearbeitet.

Deshalb ein Fazit:

1. Wir müssen einmal die Mitarbeitenden der sozialen Dienste ihre Arbeit verrichten lassen. Sie wissen, was zu tun ist. Der Massnahmenkatalog ist bekannt und umzusetzen. Und sie verdienen unsere Unterstützung.
2. Die Struktur der Klienten der Sozialhilfe soll transparenter werden, damit sie besser sichtbar wird, im Vergleich mit anderen Gemeinden. Wir haben nicht unverhältnismässig mehr Sozialhilfebezüger. Wir haben eine andere Struktur und das macht den grossen Unterschied. Vielleicht wäre es einmal sinnvoll zu sehen, was kostet eigentlich so viel mehr Geld. Diese 1.1 Mio. Franken, die wir mehr bezahlt haben innerhalb einem Jahr, dass dies nicht im Verhältnis zu der Anzahl von Sozialhilfebezügern steht, die mehr dazu gekommen sind. Es ist eine andere Struktur.
3. Deshalb baucht es eine Wertsteigerung, und zwar über alle Bereiche in Arbon: Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit. Wie gehen wir dies an. Da sind alle gefordert, nicht nur der Stadtrat oder die sozialen Dienste. Das geht nicht mit Kritik, sondern mit Ideen und vor allem persönlichem Engagement von allen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion-SP-Gewerkschaften,-JUSO dankt dem Stadtrat für die ausführlichen und klaren Antworten auf die Fragen dieser Interpellation. Wir sind auch froh darüber, dass der RGB-Bericht inzwischen allen Parlamentsmitgliedern und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Dies war für uns das Kernanliegen dieser Interpellation. Zwar war nie ganz klar, ob der Stadtrat sich tatsächlich noch zur Herausgabe des Berichts durchringen würde und persönlich zweifle ich daran, dass dies ohne den parlamentarischen Druck in dieser Form geschehen wäre. So, wie das jetzt gemacht wurde, nämlich mit einer Pressemitteilung, einem Download auf der Webseite und einem fundierten Arbeitspapier – genau so sollte es sein. Dies ist transparente Kommunikation und ich denke, das sollte man auch mal erwähnen, hier ist eine Veränderung sichtbar.

Nun aber zum Inhalt: Die Hauptempfehlung des Berichts betrifft die Erhöhung des Stellenetats. Dies hat der Stadtrat ja bereits umgesetzt und den Stellenetat um 100% erhöht. Wir haben hier bereits im Dezember gesagt, dass wir diese Aufstockung unterstützen. Eine geringere Fallbelastung pro Person hat verschiedene Vorteile. Einerseits ist der schwierige Job der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sicherlich etwas weniger belastend, wenn man die Klienten nicht einfach fliessbandmässig abfertigen muss. Dies wiederum wirkt sich normalerweise positiv auf die Fluktuation und damit wieder auf die Stadtkasse aus. Andererseits ist eine engere Fallbetreuung ja die Grundvoraussetzung für zahlreiche andere Empfehlungen des Berichts wie jene zur vermehrten Weiterbildung, zur besseren Beschlussfassung oder zur genauereren Dossierprüfung. Und schliesslich, und das ist der wichtigste Punkt, ermöglicht eine engere Fallbetreuung auch eine menschlichere Zusammenarbeit mit den Klienten. Wenn die fallführenden Personen auf die individuelle Situation der Klienten eingehen können, erhöht dies die Chance auf eine Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Wen man hingegen merkt, dass man mit der Anmeldung beim Sozialamt zu einer Nummer verkommt, die routinemässig durch ein entwürdigendes System geschleust wird, steigt vermutlich auch das Frustpotenzial, während der Wille zur Mitwirkung sinkt.

Im RGB-Bericht wird auch bemängelt, dass zu viele Klienten standardmässig ins DOCK geschickt werden, ohne dass Alternativen im ersten Arbeitsmarkt geprüft werden. Dies scheint uns problematisch, wir sehen hier das Problem aber auch bei der Wirtschaft respektive den Arbeitgebern. Es ist immer seltener der Fall, dass Firmen eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, indem sie aus Goodwill wenigstens eine oder zwei Personen beschäftigen, die sonst auf Sozialhilfe angewiesen wären. Wer weiss, vielleicht wäre das einmal ein Thema für den Arboner Wirtschaftsgipfel.

Der Reduktion des Grundbedarfs gemäss den revidierten SKOS-Richtlinien steht die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso kritisch gegenüber. Dass die Reduktion bei den jungen Erwachsenen und die Abschaffung der Minimalen Integrationszulage im Thurgau keine Auswirkungen hat, zeigt einmal mehr, dass wir hier ohnehin bereits sehr harte Regelungen haben und jene, die von Hängematte sprechen, schlicht falsch informiert sind.

Nach der Betriebsanalyse der GeKom, hat auch diese Prüfung wieder gezeigt, dass das Sozialamt Arbon grundsätzlich gute Arbeit leistet und sich an die geltenden Gesetze hält. Das aufgezeigte Verbesserungspotenzial gilt es jetzt sobald und so gut wie möglich auszuschöpfen. Bestrebungen, die darauf abzielen, Arbon im Sinne eines umgekehrten Steuerwettbewerbs möglichst unattraktiv für potentielle Sozialhilfebezüger zu machen, sich also beispielsweise „auch nicht mehr an die Gesetze zu halten, wenn das die anderen nicht tun“, sind unserer Meinung nach tunlichst zu unterbinden. Wir haben es hier mit einem gesellschaftlichen Problem zu tun, und damit sollten weder die Betroffenen noch eine einzelne Gemeinde allein gelassen werden. Ein gerechter Lastenausgleich, wie ihn der Stadtrat in seiner Beantwortung in Aussicht stellt, wäre deshalb sehr willkommen.

Präsident Jacob Auer: Sind keine weiteren Wortmeldungen mehr, ist dieses Geschäft erledigt.

6. Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die Einbürgerungskommission (EBK) für die restliche Legislaturperiode 2015-2019 (Rücktritt Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften. Juso)

Infolge Rücktritt aus dem Parlament, das infolge Wohnortswechsel, muss ein neues Mitglied für die EBK gewählt werden. Ekin Yilmaz hat ihren Rücktritt per 30.06.2016 eingereicht. Nachfolger gemäss Wahlergebnis ist Urs Schwarz. Er hat bereits schriftlich bestätigt, dass er ab Juli 2016 zur Verfügung steht und auch dieses Amt übernehmen könnte. Da die nächste Sitzung der EBK bereits vor der nächsten Parlamentssitzung im September sein wird, muss eine Ersatzwahl gemacht werden. Vorgeschlagen wird ihnen deshalb Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso in Ersatzwahl für einen Einsitz in der EBK ab Juli 2016.

Urs Schwarz ist bei den Zuschauern, damit wir ihn einmal sehen, bitte ich ihn, aufzustehen.

://: Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso, wird einstimmig als Mitglied der Einbürgerungskommission für die restliche Legislaturperiode 2015-2019 gewählt.

Ich gratuliere dir, Urs Schwarz und hoffe, du hast Freude an deiner Arbeit.

7. Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die Redaktionskommission für die restliche Legislaturperiode 2015-2019 (Rücktritt Angela Di Santo, CVP/EVP)

Infolge Rücktritt aus dem Parlament muss ein neues Mitglied für die Redaktionskommission gewählt werden. Angela Di Santo hat ihren Rücktritt per 30.06.2016 eingereicht. Die Fraktion CVP/EVP schlägt ihnen in Ersatzwahl den Neuparlamentarier Lukas Auer per 1. Juli 2016 vor.

://: Lukas Auer, CVP/EVP, wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung als Mitglied der Redaktionskommission für die restliche Legislaturperiode 2015-2019 gewählt.

Ich gratuliere dir, Lukas Auer, zu deinem ersten politischen Amt in diesem Gremium.

7.1. Ersatzwahl eines neuen Mitglieds für die vorberatende Kommission Max-Burkhardt-Haus

(Rücktritt Andrea Vonlanthen, SVP)

Infolge Rücktritt aus dem Parlament, aus gesundheitlichen Überlegungen, muss ein neues Mitglied für diese vorberatende Kommission gewählt werden. Andrea Vonlanthen hat seinen Rücktritt aus dem Parlament per 30.06.2016 eingereicht. Die Fraktion der SVP schlägt ihnen Heinz Gygax vor.

://: Heinz Gygax, SVP, wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung als Mitglied in die vorberatende Kommission Max-Burkhardt-Haus gewählt.

Ich gratuliere dir, Heinz Gygax, für dein neues Amt als Mitglied für die vorberatende Kommission Max Burkhard Haus.

8. Fragerunde

Präsident Jacob Auer: Es liegen vier vorab eingereichte Fragen vor. Die erste Frage wurde eingereicht von Astrid Straub, SVP betreffend „Illegaler Entsorgung von Sperrgut“

Astrid Straub, SVP: Immer mehr stelle ich fest, dass man Entsorgungsgebühren geschickt umgeht, indem man schnell mal seine Polstergruppe, wie in der „felix“ Ausgabe vom 3. Juni nachzulesen ist, oder seine alten Gartenstühle bis zum Babybett schnell auf das Trottoir stellt oder auf einen Privatgrund. Irgendwer wird dann den Müll oder das so wertvolle Objekt, das man selber nicht mehr besitzen will, schon mitnehmen! Man hofft auf die städtischen Dienste, sollte ein anderer Bürger kein Interesse für das „Überbleibsel“ haben. Nur leider ist es so, dass auf privatem Grund nicht die Stadt Arbon zuständig ist, sondern der Liegenschaftseigentümer, so auch für die Polstergruppe auf der kleinen Wiese neben der Peregrina Stiftung - sprich Asylanten-Durchgangsheim - an der St. Gallerstrasse.

Der Leserbrief von Frau Fritsche, Leiterin des Durchgangsheimes, im „felix“ vom 3. Juni, ist auf der einen Seite berechtigt, auf der anderen Seite stand dieses Objekt fast 4 Wochen lang auf dem Privatgrund für den sie zuständig ist. Somit hätte sie genügend Zeit gehabt, bei der Gemeindeverwaltung oder der Polizei vorstellig zu werden, bevor ich es dem zuständigen Stadtrat weiterleitete, da es ein Schandfleck war. Es kam in der Gemeindeverwaltung natürlich zur Bearbeitung, besten Dank dafür an die zuständige Abteilung.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir haben Flohmärkte, Brockenhäuser und einen gut funktionierenden Werkhof. Würde uns allen doch so allen viel Ärger, Arbeit und Kosten erspart bleiben.

Meine Fragen dazu:

- 1.) Inwiefern ist sich der Stadtrat dieser Entsorgungsprobleme in unserer Stadt bewusst und was gedenkt er dagegen zu unternehmen?
- 2.) Welche Konsequenzen gibt es für den Verursacher, sollte er ausfindig gemacht werden?
- 3.) Welche jährlichen Kosten hat die Stadt Arbon für illegale Entsorgungen von Sperrgut zu tragen?
- 4.) Wie viele Verursacher können jährlich zur Rechenschaft gezogen werden?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Das Abfallverhalten unserer Gesellschaft verändert sich und leider verändert es sich punktuell und zum Negativen. Max Gimmel hat es in seiner Antwort zur Interpellation zur Kinder- und Jugendarbeit erwähnt: wir brauchen schon bald eine Erwachsenenarbeit. Einzelne Vorkommnisse in der Stadt Arbon zeigen ein unschönes Bild, vor allem fällt es dann auf, wenn die ungebetene Hinterlassenschaft an einem zentralen oder viel begangenen Ort illegal deponiert wird. Ich möchte hier aber nicht von einem Entsorgungsproblem sprechen.

Der Stadtrat will der illegalen Abfallentsorgung entschieden entgegentreten, sie bekämpfen und sie eliminieren. Sämtliche Ordnungsdienstkräfte im Bereich Sicherheit und die Mitarbeitenden im Werkhof kämpfen dagegen an. Präventive Massnahmen müssen noch verbessert werden. Die hier wohnende und insbesondere auch die zuziehende Bevölkerung sollen auf unsere geltende Ordnung für eine korrekte Entsorgung aufmerksam gemacht werden. Dass dies etwas kostet, ist den meisten Bewohnerinnen und Bewohner bekannt. Einigen wenigen leider nicht. Diese lassen es in einer Nacht- und Nebelaktion einfach darauf ankommen und hoffen, von niemandem gesehen oder erwischt zu werden.

Genau hier liegt die grösste Herausforderung. Kaum oder nur mit unverhältnismässig hohem Aufwand gelingt es einmal, einen Abfallsünder zu ertappen. Dank dem enormen Engagement der Werkhof-Mitarbeiter gelingt es immer wieder, aus unsachgemäß entsorgt und stinkenden Abfallsäcken einen Adresshinweis aufzufinden. Die Abteilung Einwohner und Sicherheit ermittelt dann den Verursacher. Auf der Basis des Thurgauer Abfallgesetzes wird eine rechtsmittelfähige Verfügung sowie eine Ordnungsbuisse zwischen Fr. 50 und Fr. 250 ausgestellt. Bei Nichtbezahlung erfolgt die Verzeigung bei der Kantonspolizei Thurgau zur Eröffnung eines Verfahrens bei der Staatsanwaltschaft.

In den Jahren 2014 und 2015 konnten je gegen 20 Verfügungen erlassen und 6'000 Franken an Bussen ausgesprochen werden. Effektiv bezahlt wurde nur ungefähr ein Drittel. Der Rest wurde verzeigt. Den Aufwand der Stadt Arbon für die Beseitigung der illegalen Entsorgung kann ich Ihnen nicht nennen, da wir diesen Aufwand nicht gesondert erfassen. Das Ziel aber ist es, immer den Verursacher, sprich den Deponierer, zur Kasse zu bitten oder zur Rechenschaft zu ziehen.

Präsident Jacob Auer: Die zweite Frage wurde eingereicht von Monika Strauss, SVP betreffend „Neugestaltung und Erneuerung des Abdankungsplatzes im Friedhofareal“

Monika Strauss, SVP: Nicht nur an der äusseren Rebensstrasse beim Friedhof gehen die Bautätigkeiten voran, sondern auch im Friedhofsareal. Der Abdankungsplatz wurde komplett neu betoniert und geteert und auch der Zufahrtsweg zum Abdankungsplatz wurde teils neu geteert und mit neuen Stellriemen versehen. Zum Leidwesen der Friedhofsbesucher wurden zwei Sitzbänke am Abdankungsplatz entfernt. Diese Sitzgelegenheit wurde während den Abdankungen sehr rege benutzt. Hingegen wurde ein Brunnen beim Abdankungsplatz platziert. Die zwei Abflussschächte, welche das überlaufende Wasser vom Brunnen auffangen sollten, sind zu klein, und somit fliesst eine Menge Wasser über den Vorplatz statt in diese Abflussschächte. Dieser neue Brunnen ist sicherlich keine dringende Notwendigkeit, da im näheren Umfeld schon eine Wasserstelle zur Verfügung steht. Der Brunnen ist angesichts der finanziell angespannten Lage der Stadt Arbon eher fragwürdig und wohl nicht angebracht.

Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchem Grund wurde der Abdankungsplatz erneuert und warum wurde der schmale Zufahrtsweg bei der Erneuerung nicht zugleich verbreitert? Dies wäre ein grosser Vorteil für die Bestattungsfahrzeuge.
2. Können die Besucher des Friedhofs damit rechnen, dass die entfernten Sitzbänke am Abdankungsort bald wieder aufgestellt werden?

3. Wie hoch belaufen sich die Kosten der ganzen momentanen Bautätigkeit im Friedhofareal?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Die Wasser- und Abwasserleitungen und zum Teil die Drainagen im Friedhof Arbon mussten dringend saniert werden. Die desolate, frühere Situation mit Rohrbrüchen verursachte ständige Reparaturarbeiten mit hoher Kostenfolge und Beeinträchtigung des Betriebs. Die Abteilung Bau hat zusammen mit einem Planungsbüro ein Konzept für die Sanierung ausgearbeitet. Die Sanierung betraf nicht nur das Strassen- und Wegnetz im Friedhof, sondern auch den Abdankungsplatz, wo ebenfalls im Untergrund alte, sanierungsbedürftige Leitungen durchführten. Für sämtliche Sanierungsarbeiten innerhalb des Friedhofs zwischen 2012 bis 2016 wurden in der Investitionsrechnung Fr. 670'000 veranschlagt und vom Parlament bewilligt. Es wird erwartet, dass der gegebene Kostenrahmen nicht voll ausgeschöpft werden muss. Die Baukostenabrechnung konnte noch nicht abgeschlossen werden, da noch kleinere Arbeiten im Gang sind. Der neue Granitbrunnen. Kostenpunkt Fr. 8'000, wurde als Gestaltungselement am Rande des Abdankungsplatzes eingebaut und das Plätschern des Wassers soll die Stille während der Abdankungsfeier begleiten. Die derzeit noch mangelhafte Entwässerung des Brunnens wird durch das Installationsunternehmen nachgebessert. Die baulich entstandenen Schäden an der Fassade der Urnenhalle werden noch behoben.

Auf dem Abdankungsplatz beim Zugang zur Aufbahrungshalle bildeten sich bei Regen jeweils grosse Pfützen und behinderten das Zeremoniell während Abdankungen. Im Zuge der Leitungssanierungen war es naheliegend, dass gleichzeitig der Belag des Abdankungsplatzes erneuert wurde. Der beratende Gartenbauarchitekt hat keine Veränderung bei der Struktur des heutigen Strassen- und Wegnetzes innerhalb des Friedhofs vorgesehen. Die Zufahrt für die Bestattungsfahrzeuge ist zwar mit der nötigen Vorsicht zu bewältigen, jedoch für die Fahrerinnen und Fahrer kein besonderes Problem. Dass nur im Schritttempo gefahren wird, kommt dem Bedürfnis nach Ruhe und Besinnung im Friedhof entgegen.

Noch zur Frage wegen der Sitzbankgelegenheit: Diese Sitzbankgelegenheit wird demnächst wieder eingerichtet.

Präsident Jacob Auer: Die nächste Frage wurde von Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Glasfasernetz in Arbon“ eingereicht und wird beantwortet durch Stadtpräsident Andreas Balg.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: In einer Medienmitteilung vom 25. Juni 2013 hat die Arbon Energie verkündet, dass die Stadt Arbon bis 2025 vollständig mit Glasfaserkabeln erschlossen werden soll. Überall dort, wo unterirdische Leitungen oder ganze Strassen gebaut, saniert oder repariert werden, werde gleichzeitig auch die Versorgung mit neuen Glasfaserkabeln sichergestellt. Das damalige FTTH- also Fibre to the Home-Netz, war gemäss dem Pressecommuniqué bereits 60km lang.

Dem Vernehmen nach werden zwar bei Strassen- oder Kanalisationsarbeiten bereits Vorbereitungen getroffen, allerdings werden die angrenzenden Haushalte noch nicht mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet.

Im diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Arboner Haushalte verfügen bereits heute über einen Glasfaserkabel-Anschluss?
2. Ist die vollständige Erschliessung bis 2025 nach wie vor realistisch und wäre es möglich, diese Frist zu verkürzen?
3. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass eine schnelle Internetverbindung ein Standortvorteil ist und wird er sich für eine möglichst schnelle Erschliessung der Arboner Haushalte einsetzen?

Stadtpräsident Andreas Balg: Die Arboner Haushalte werden durch verschiedene Anbieter angeschlossen und bedient: UPC, Swisscom, Arbon Energie und weitere. Wer wie viele Kunden, bis zu welchem Anschlusspunkt, mit welcher Art von Leitung angeschlossen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Arbon Energie versorgt knapp 100 Haushalte bis heute und hätte Potential, mit wenig Aufwand weitere 600 bis 700 Haushalte anschliessen zu können.

Das Ziel der Arbon Energie ist es Kommunikationsbedürfnisse zu befriedigen und Lösungen anzubieten und erschliessen, da, wo das Bedürfnis besteht. Das bedeutet aber automatisch, eine vollständige Abdeckung wird nur dann erstellt und sichergestellt, wenn das auch einem Bedarf entspricht. Ich schlage ihnen vor: melden sie ihre Bedürfnisse ihrem Versorger, entweder den vorher Genannten oder der Arbon Energie. Entweder kann unkompliziert angeschlossen werden oder die Nachfrage steigt und zeigt, wo der Bedarf ist und wo weiter entwickelt werden soll. Der Stadtrat ist an einer zügigen Erschliessung interessiert.

Präsident Jacob Auer: die vierte und letzte Frage wurde von Luzi Schmid betreffend Kostenfrage „Stelen“ gestellt.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Der Stadtrat hat vor kurzem über ein Dutzend sogenannte Stelen in Arbon anbringen lassen. Diese Orientierungshilfen, so wie mir gesagt wurde, einzig für auswärtige Fussgänger konzipiert, kosten den Steuerzahler Fr. 230'000. Unterhalts- und die Ersatzkostensind darin nicht eingerechnet. Ob die Montagekosten dafür eingerechnet sind, muss jetzt noch bestätigt werden.

Meine Frage:

Wieso sind diese Werbetafeln dermassen teuer und nach welchen Überlegungen und Wertungen wurden die 13 Standorte, aber noch mehr die Gestaltung der Tafeln und die unterschiedlichen Hinweisinformationen darauf ausgewählt.

Wieso wurde auf private Werbung, wie zum Beispiel für Restaurants oder Einkaufszentren, und somit auf deren teilweise oder insgesamte Mitfinanzierung verzichtet.

Stadtrat Peter Gubser: Ich danke Luzi Schmid für das Vertrauen in die Verwaltung, dass seine Fragen für die Fragerunde auch innerhalb eines Tages beantwortet werden, wenn er Fragen nicht fünf Tage voraus stellt.

Bei den von Luzi Schmid erwähnten Stelen handelt es sich um das neue Fussgängerleitsystem Arbon. Dies Fussgängerleitsystem ist Teilprojekt, eine Begleitmassnahme zur NLK. Der Stadtrat hat am 20. Januar 2014 einen Objektkredit von Fr. 230'000 bewilligt. Dieser Projektkredit wurde nicht ganz ausgeschöpft. Es wurden Fr. 132'000 für Planungsarbeiten ausgegeben und Fr. 81'000 für Material- und Baukosten. Dieses Fussgängerleitsystem ist für unsere auswärtigen Gäste – und, Luzi Schmid, wir können nicht immer sprechen „wir wollen etwas machen für unsere Gäste, für unseren Tourismus“ und wieder diese Dienstleitung kritisieren. Bei diesen Stelen werden wichtige öffentliche Einrichtungen abgebildet. Es werden Stadtpläne abgebildet. Es werden Dinge abgebildet, die über längere Zeit bleiben. Wenn wir jetzt auch übergegangen wären zum Darstellen von privaten Einrichtungen, wie Restaurants oder Einkaufszentren, dann wären diese Stelen innert kürzester Zeit nicht mehr aktuell gewesen und hätten wieder erneuert werden müssen. Darum haben wir auf diesen Teil, den du da gewünscht hättest, verzichtet. Ich glaube, man kann diese Einrichtungen auch finden mit Hilfe des QR Codes, der auf diesen Stelen abgebildet ist. Wenn mit diesen QR-Code mit dem Handy aufnimmt, kommt man an die MAP unserer Homepage und dann findet man die Restaurants, zum Beispiel.

Präsident Jacob Auer: Ich bedanke mich für diese Beantwortung, ebenso auch bei den zuständigen Personen in der Stadtverwaltung und möchte eigentlich die Parlamentsmitglieder bitten, Fragen mit einem gewissen Vorlauf einzureichen, dementsprechend ist auch die Qualität der Beantwortung. Es ist natürlich nichts zu beanstanden an der Qualität der Beantwortung von Peter Gubser. Ich rede von der Zukunft.

Gibt es noch mündliche, aktuelle Fragen?

9. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Andreas Balg: Ich habe eine Information für Sie mitgebracht und zwar geht es um den aktuellen Stand, um die Lösungsfindung bezüglich Signalisation am Rosascoplatz.

Hier wurde weitergearbeitet. In der Zwischenzeit hatten wir auch einen informellen Austausch mit Vertretern der Petitionäre. Die Änderungen werden nun nach dem neuen 2-stufigen Einwendungsverfahren aufgelegt. Das ist eine Vorgabe der kantonalen Stelle, des Rechtsdienstes. Ich zitiere die Verordnung des Regierungsrats zum Strassenverkehrsgesetz „§ 1a: Vor dem Erlass der Verkehrsanordnungen führt das Departement für Bau und Umwelt ein Einwendungsverfahren durch.“

Zu diesem Zweck werden die Entwürfe der vorgesehenen Verkehrsanordnungen mit dem Hinweis publiziert, dass dazu innert 20 Tagen ab Publikation beim Departement für Bau und Umwelt schriftliche Einwendungen eingereicht werden können.“

Das ist eine Art Vernehmlassungverfahren vorweg, um allfällige mögliche Fragen oder Anregungen, Verbesserungsvorschläge einfließen lassen zu können, bevor dann, oder hoffentlich nicht, streitet. Gibt es gute Verbesserungsvorschläge, wird angepasst und anschliessend erfolgt, in diesem Fall nach den Sommerferien, die rechtsmittelfähige Auflage.

10. Verabschiedungen

Präsident Jacob Auer: Angela Di Santo, CVP/EVP, Andrea Vonlanthen, SVP und Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso haben ihren Rücktritt per 30. Juni 2016 eingereicht. Wir werden sie heute verabschieden.

Beginnen wir mit der Verabschiedung beim jüngsten Parlamentsmitglied, Angela Di Santo.

Philipp Hofer, CVP/EVP: An dieser Stelle möchte ich dir, Angela Di Santo für deinen Einsatz im Stadtparlament danken. Vor rund einem Jahr wurdest du ins Arboner Stadtparlament neu gewählt und gehörtest bis anhin der Redaktionskommission an. Aus beruflichen Gründen hat uns Angela Di Santo mitgeteilt, dass sie per Ende Juni 2016 aus dem Parlament zurücktreten wird. Wir denken dir Angela, für deinen Einsatz im Stadtparlament, wünschen dir für die Zukunft alles Gute und hoffen natürlich, dass du uns weiterhin in Arbon erhalten bleibst und auch weiterhin so gut es geht, dich engagierst.

Präsident Jacob Auer: Ich möchte mich dem Dank von Philipp Hofer anschliessen und darf dich bitten, zu mir nach vorne zu kommen. Auch wir vom Parlament möchten uns recht herzlich bei dir für dein Engagement bedanken, bedauern deinen Rücktritt und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

Überreichung eines Präsents.

Gehen wir weiter mit der Verabschiedung von Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Mit Ekin Yilmaz verliert unsere Fraktion ihr dienstältestes Mitglied. Ekin wurde bei den Parlamentswahlen 2007 im jugendlichen Alter von 18 Jahren in dieses Parlament gewählt und hat hier während 9 Jahren aktiv mitgewirkt. Sie hat die Fraktion SP, Gewerkschaften Juso mit einem kurzen Unterbruch wegen eines Auslandaufenthaltes immer in der Einbürgerungskommission vertreten, war aber auch Mitglied der Redaktionskommission und des Büros. Politisch hat sie sich aber auch ausserhalb des Arboner Stadtparlaments engagiert: Sie war als Co-Präsidentin der Vereinigung SecondasPlus und hat sie sich schweizweit für die Chancen-Gleichberechtigung für Ausländerinnen und Ausländer eingesetzt, und sie wird jetzt in Bern in der eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen ein neues Amt einnehmen.

Eine kleine Anekdote möchte ich ihnen nicht vorenthalten: Ekin hat mir erzählt, sie sei, als sie nach der Kanti in Yverdon als Aupair gearbeitet habe, jeweils am Abend direkt von Yverdon nach Arbon an die Parlamentssitzung gereist und habe es am Morgen danach gerade noch rechtzeitig zurückgeschafft, um den Kindern das Frühstück zuzubereiten. Das nenne ich Einsatz für die Arboner Politik! Ekin kam als Kantischülerin in dieses Parlament und verlässt es nun als Kantilehrerin. Sie arbeitet an der Kantonsschule Frauenfeld und ist lange hin- und hergependelt. Nun hat sie sich entschieden, auch den Wohnsitz nach Frauenfeld zu verlegen. Wir bedauern das.

Ich möchte dir, liebe Ekin, im Namen unserer Fraktion herzlich für deinen Einsatz danken und wünsche dir alles Gute auf Deinem weiteren politischen Weg!

Überreichung eines Blumenstrausses durch Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso.

Präsident Jacob Auer: Auch ich möchte mich im Namen des Parlaments ganz herzlich bedanken für deinen Einsatz in den letzten Jahren im Parlament und wünsche dir von Herzen alles Gute für deine Zukunft.

Überreichung eines Präsents durch den Präsident Jacob Auer.

Wir kommen noch zur Verabschiedung von Andrea Vonlanthen, SVP. Das Wort übergebe ich Heinz Gygax.

Heinz Gygax, SVP: Mit dem Rücktritt von Andrea Vonlanthen verlässt uns ein überaus profilierter und erfahrener Kollege aus dem Stadtparlament. Als vor 30 Jahren die SVP-Ortspartei gegründet wurde, war Andrea Vonlanthen massgeblich daran beteiligt. Unter anderem auch als dessen Präsident. Dass die Partei schnell Fuss gefasst hat und stetig gewachsen ist, ist nicht zuletzt ihm zu verdanken. Seit Anbeginn des Parlaments, seit 2003 bis zum heutigen Tag, amtete er als unser Fraktionschef. An den Sitzungen war er stets sehr gut vorbereitet. Durch seine ruhige, unaufgeregte Art vermochte er alle Sitzungen souverän zu leiten und sämtliche Aufgaben umsichtig zu verteilen. Ich weiss nicht, in wie vielen Kommissionen und Vorstössen er mit seinem Namen tatkräftig mitgewirkt hat. Zweifellos sind es sehr, sehr viele. Ich möchte nur deren drei erwähnen die ihn besonders herausforderten: Die Initiative für Sozialdetektive, die Motion Skaterpark und die Petition Rosascokreisel.

Nie war er sich zu schade, selbst bei garstigen Wetterbedingungen, an Unterschriftensammlungen oder Standaktionen mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Andrea war und ist kein „Polteri“. Vielmehr versucht er die Menschen mit sachlichen Argumenten zu überzeugen. Seine grosse politische Erfahrung und sein reiches Beziehungsnetz zum Kantonsrat, ja bis nach Bundesbern, war für die Fraktion oft von Nutzen.

Lieber Andrea, die Fraktion der SVP bedankt sich sehr herzlich für deinen grossen Einsatz für unser Stadtparlament und für alle Einwohner der Stadt Arbon.

Wir alle wünschen dir weiterhin gute Gesundheit und viel Tatkraft im Grossen Rat für unseren schönen Kanton Thurgau.

Ich bitte dich, nach vorne zu kommen. Wir möchten dir von der Fraktion noch ein kleines Geschenk überreichen.

Präsident Jacob Auer: Für jeden Politiker kommt einmal der Tag, an dem er die Zügel aus der Hand geben, die Schuhe abstreifen und es sich im Schaukelstuhl auf der Veranda bequem machen sollte, um das politische Feld andern zu überlassen.

Ich möchte gerne an dich ein paar Abschiedsworte mit auf den Weg geben, dies aber nicht ohne Bedenken und Wehmut.

Schliesslich haben wir, lieber Andrea, viele Jahre lang Seite an Seite so manchen Berg erklimmen und manches Tal durchschritten. Du hast Reden zur Sache geschwungen, um Meinungen einzuholen und andern damit mutig die Stirn geboten. Und nicht zuletzt hast du dann doch zusammen mit Anderen eine Lösung ausgearbeitet. Besonders gut in Erinnerung ist mir der Skaterpark. In diesem Fall waren wir vorher jahrelang ein Team, und nachher ein Team, ein gutes Team wie ich finde, und ich werde es vermissen.

Ich denke, du bist zufrieden mit dem, was du in all den Jahren im Parlament erreicht hast. erreicht hast. Sei es die aktive Mitarbeit in den folgenden Gremien:

- Ständige Kommission: Einbürgerungskommission Präsident 26.06.2007 bis 30.06.2012
- Kommission Überarbeitung der Gemeindeordnung / des Geschäftsreglements
- Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit (Personal- und Besoldungsreglement, Präsident)
- Änderung des Abfallreglements, Präsident
- Jährlicher Betriebsbeitrag an das EZO Eissportzentrum Oberthurgau in Romanshorn, Präsident
- Erstellung einer neuen Entsorgungsstelle, Präsident
- Kommission „Revision Schutzplan“
- Kommission zur Initiative: Stopp dem Sozialhilfe-Missbrauch

Und dafür, für dieses Engagemnt, möchte ich dir persönlich und im Namen des Arboner Stadtparlaments heute danke sagen: Danke für deinen Ehrgeiz und deinen Einsatz, danke für deine Impulse und Ideen, danke für deine Loyalität und deinen Langmut – ja, dafür bedanke ich mich.

Aber wir wollen uns ja heute auch nur an das Schöne erinnern – und schöne Erinnerungen haben wir genug: Ich hoffe sehr, gleich nach der Sitzung, beim Apéro, über die eine oder andere mit dir plaudern zu können.

Mit meinen Worten habe ich probiert zu zeigen, was Abschied bedeutet. Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: „Abschied ist die intensivste Form des Zusammenlebens“. Derjenige, der Abschied nimmt, fühlt sich wie unter einem Brennglas: Es verdichtet sich das Leben, heiss durchströmt einen die Erinnerung an das, was man zurücklässt.

Doch jetzt ist noch „heute“, da wollen wir gemeinsam feiern und noch ein wenig an gestern denken. Ich danke dir für die hervorragende Zusammenarbeit, wünsche dir und deiner Frau alles Gute, viel Gesundheit und freue mich auf die nächsten kollegialen Stunden im Grossen Rat TG.

Überreichung eines Präsents.

Präsident Jacob Auer: Geschätzte Mitglieder des Parlaments. Es gibt Momente im Leben, die wünscht man sich nicht. dann stehst du da und von dir wird etwas verlangt, was glücklich macht oder dich schmerzt. Vor so einem Moment stehen wir. Ich habe keine grosse Rede geplant, weil ich genau weiss, dass du, Evelyne, das nicht willst und jeder von uns kennt deine Bescheidenheit. Ich weiss, dass es für dich nicht immer leicht war. All die verschiedenen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche eigene Charaktere haben, hast du mehr oder weniger alle gleich behandelt. Doch für dich war es, wie gesagt, nie ein Problem, egal welche Farbe, welches Alter, ob Männlein oder Weiblein, es waren für dich alle gleich. Die Einten brauchen mehr Liebe, die anderen brauchten manchmal Hiebe. Doch als Trainer von dieser Truppe hier hast du uns zusammengehalten nach dem Motto: Für was braucht sie Doping, sie habt ja mich. Ein natürliches legales Doping warst du, Evelyne. Dein starkes Wort hat immer höchsten Respekt gezollt. Nun widmest du dich deinem weiteren Lebensabschnitt. Nach vielen arbeitsreichen Jahren kannst du endlich einen Gang zurückschalten, was du natürlich nicht machen wirst, so gut ich dich kenne, und das tun, was du willst. Ich denke, das ist nicht wenig, was du dir bei deiner Pensionierung vorgenommen hast. Andere Vereine und Institutionen haben das Glück und werden nach wie vor von deinem unermüdlichen Engagement profitieren. Ich weiss, dass du diesen heutigen Tag nicht gesucht hast, aber einen neuen Lebensabschnitt hast du wirklich verdient. Im Abschied liegt eine süsse Trauer. Der süsse Teil ist das, was mich erwartet im letzten Lebensabschnitt, das Traurige ist das auf Wiedersehn sagen müssen. Ich möchte dir hier ein Beispiel nennen und bitte dich, dies nicht persönlich zu nehmen:

„Auf einem Hühnerhof war der Hahn krank. Niemand konnte mehr damit rechnen, er werde noch am nächsten Morgen krähen. Abschied war angesagt. Die Hennen machten sich Sorgen. Sie waren felsenfest überzeugt, die Sonne geht auf, wenn der Meister rufe. Der nächste Morgen belehrte sie eines Besseren. Die Sonne ging auf, wie jeden Tag und nichts hatte sich geändert.“

Liebe Evelyne, im Namen der jetzigen und vor allem der ehemaligen Parlamentsmitglieder liegt es mir am Herzen dir Danke zu sagen und vor allem wünsche ich dir für deine Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und die nötige Portion Glück. das wir täglich brauchen.

Monika Strauss, SVP: Dein Abschied fällt schwer. Du bist uns während der vergangenen Jahre ans Herz gewachsen durch deine aufgestellte, herzliche und hilfsbereite Art. Du warst stets zur Stelle und mit jedem gleich. Deine grosse Kompetenz und deine Unterstützung bei den Vorbereitungsarbeiten für die Parlamentssitzungen und die vielen geschriebenen Protokolle während den Kommissionen- und den Bürositzungen schätzten wir sehr. Deine feinen „selbstgemachten Brötli“ nach der Parlamentssitzung werden wir ebenfalls sehr vermissen.

Als Wertschätzung für deinen grossen Einsatz, den du für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier erbracht hast, möchten wir uns bei dir herzlich bedanken. Diese Gutscheine für ein feines Essen, einen Besuch beim Coiffeur oder für das Theater, sowie für die Buchhandlung und die Blumenboutique, sollen dich noch eine Zeitlang an uns erinnern.

Liebe Evelyne, jetzt ist es so weit und es heisst Adieu zu sagen. Herzlichen Dank für die vielen schönen Jahre, die wir mit dir zusammenarbeiten und verbringen durften. Deine Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Stadt Arbon.

Stadtpräsident Andreas Balg: Jetzt musst du doch noch etwas zuhören. Ich mache aber churz und i Mundart, wil so isches persönlich und so individuell und nöd in Hochduetsch dörf passiere. Ich weiss, du wilsches churz und bündig. Im Name vom Stadtrat säge ich dir herzlich danke. Ich weiss au, dass dir dä Dank dänn am beste gfällt, wenn er vo Rose begleitet wird.

Präsident Jacob Auer: Nun darfst auch du reden.

Evelyne Jung, Parlamentssekretärin: Ich danke ganz herzlich für die Überraschung und auch für die vielen lobenden Worte. Ich könnte jetzt eigentlich sehr weit spannen, so dass ihr um 12.00 Uhr raus könntt, um all das nachzuholen, was ihr an Länge von Voten gesprochen habt. Aber wie Andreas Balg gesagt hat, ich mag es kurz.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken für die gute, schöne und interessante Zusammenarbeit. Viel durfte ich in den letzten Jahren dazu lernen und bereits wie erwähnt, eine sehr interessante Arbeit machen. Es war nicht nur das Protokollieren. Die verschiedenen Kommissionssitzungen brachten manche Erkenntnis, die ich vorher nicht hatte, nicht mal wusste, dass es dies gibt. Ich lernte Arbon sehr gut, noch besser kennen.

Viele wunderschöne Begegnungen, Menschen wie euch durfte ich kennen lernen. Ich durfte euch in verschiedenen Arten, mit verschiedenen Charakteren kennen lernen, was für mich immer sehr spannend war. Wie erwähnt, ich durfte viel dazu lernen und könnte noch eine ganze Liste damit füllen. Persönlich danke ich euch für eure Arbeit, das grosse Engagement, welches ihr leistet für Arbon. Ich wünsche euch ein gutes gegenseitiges Miteinander, das im Sinn für die Zukunft in Arbon, wo ich gerne lebe und alt werden möchte.

Ich danke euch allen und freue mich, wenn wir uns nachher beim Apéro treffen, den Abend ausklingen lassen mit den drei Parlamentsmitgliedern zusammen, die heute auch verabschiedet worden sind. Abschied zu nehmen heisst nicht weit zu gehen sondern wir treffen uns wieder. Da freue ich mich darauf und nochmals danke für die schönen Jahre, die vielen Geschenke, einfach für alles.

Präsident Jacob Auer: Liebe Parlamentsmitglieder, geschätzte Stadträte, liebe Anwesende, das war die letzte Sitzung vor den Sommerferien. Cyrill Stadler hat im letzten „felix“ drauf hingewiesen, welche Anlässe Arbon bevorstehen in den nächsten Wochen bis wir uns wieder sehen. Ich möchte diese nicht wiederholen, möchte sie aber auch bitten, diese zu besuchen und ihr Amt als Parlamentarier, wie ich es an der letzten Sitzung gesagt habe, auch zu präsentieren. Wie vorher erwähnt, darf ich sie jetzt zum Apéro einladen. Ich wünsche ihnen von Herzen recht schöne Ferien und hoffe, alle wieder gesund begrüssen zu dürfen an der nächsten Sitzung, am 20. September. Ich wünsche ihnen einen schönen Abend und bedanke mich.

Ende der Sitzung um 22.05 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Jacob Auer

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung